

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 52, IV., Volkshaus
Telephonruf 205.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 28.

Sonnabend, den 15. Juli 1911.

15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Zur Tarifbewegung im Pflastersteingewerbe in Bayern. — Der Boykott als Kampfmittel. — Zur beendeten Lohnbewegung im Meistertal I. — Sommer. — Ausbruch der Arbeit. — Zentrumschwindel über die Arbeiterversicherung. — Steinausweisungen. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Neue Zahlstellen. — Anzeigen.
Beilage: Wirtschaftliche Rundschau. — Fluktuation. — Die Arbeitersekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1910. — Feuilleton: Dem Tode verfallen.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Randersacker: Max Schliermann. — Kirchberg: Die Firmen Berthold und Bräuner.

Faulbach, Mondfeld, Stadtprozelten, Dorpropelzen, Fehrenbach, Reistenhausen, Bärzstadt, Miltenberg, Groß- und Kleinheubach, Kallfeld, Klingenberg und Obernburg. Der Streit ist beendet. Die Arbeit wurde am 10. Juli in allen Betrieben aufgenommen. (Bericht folgt.)

Bede-Grümmersbach (Rhld.). Die Pflastersteinarbeiter stehen im Streit. Ein großer Teil der Kollegen ist abgereist.

Bilgramsreuth-Neuau. Die hiesigen Firmen sind gesperrt. Arbeitsangebote der Unternehmer sind abzulehnen.

Ströbel (Schlesien). Die Unternehmer stellen gegenseitig keine Leute ein, welche die Arbeitsstellen wechseln. Unsere Kollegen finden eine solche Fessel untragbar.

Berthelsdorf (Zahleke-Sebnitz). Der Streit bei der Firma Heintich & Hutz ist zu unseren Gunsten erledigt. Es kam ein Tarif zum Abschluss.

Mannheim. Der vorgelegte Marmorarbeiterarif in Mannheim-Ludwigshafen wurde von sämtlichen Firmen anerkannt mit Ausnahme der Schachermühle. Sechzehn in Frage kommende Kollegen stellen die Arbeit ein.

Strahburg (Elb.). Der Streit bei der Firma Schachermühle ist beendet, ein Tarifabschluss von der Firma ist zugesagt.

Dresden. Die Firma Keil & Comp. will den Tarif reduzieren. Einige Kollegen sind bereits abgereist.

Dresden. Bei der Firma Stein, Geroldstraße, legten die Kollegen wegen schlechter Behandlung die Arbeit nieder. Zugang von Marmorarbeitern ist fernzuhalten.

Jena. Sämtliche Kalksteinbrüche sind für Verbandsmitglieder gesperrt, weil hiesige Kollegen entlassen und fremde eingestellt werden.

Döhlenfurt. Der Betrieb Krämer ist wegen Nichterhaltung des Tarifes gesperrt.

Großsteinberg (Grimma). Die Lohnbewegung der hiesigen Pflastersteinarbeiter ist erfolgreich beendet. Neben Erhöhung der Akkordsätze für Stein- und Zementarbeiter wurden die Stundenlöhne für Bagger von 40 Pfg. auf 43, für Brecher und Bohrer von 35 auf 40 Pfg., für Tagelöhner von 32 bis 35 Pfg. auf 35 bis 38 Pfg., für Zementarbeiter von 35 auf 38 Pfg. erhöht.

Hausberge und Rettelstädt. Die Firma M. Michel-John & Co. ist wegen Lohnunterschieden gesperrt. In Böhmen treibt sich ein Agent herum, der Steinmengen für die Firma anwerben will.

Kiel. Nach Beendigung des Streiks konnten noch nicht alle Kollegen eingestellt werden. Kiel ist deshalb noch zu meiden!

Wiesbaden. Wegen Nichtanerkennung der beschriebenen Forderungen sind die hiesigen Kollegen in Streit getreten. Leider sind einige Kollegen zugereist, so daß dadurch unsere Interessen wesentlich geschädigt wurden.

Birna. Der Mühsteinbetrieb der Firma Gehl. Israel ist wegen Reduzierung der früheren Löhne für alle organisierten Mühsteinarbeiter gesperrt.

Sommer. Circa 665 Pflastersteinarbeiter haben die Arbeit angehalten, weil die Unternehmer eine zehnprozentige Lohnzulage ablehnten und auf Eingaben des Verbandes nicht reagierten. 500 Mann sind abgereist. Zugang muß streng ferngehalten werden.

Schmalldorf-Protterode. Die Firma Hölzer, Bruchmeister Cäsar Troger, weigert sich den Tarif anzuerkennen. Zugang ist fernzuhalten.

Münster (Westfalen). Der Streit in den Grabsteingeschäften ist nach 17tägiger Dauer mit vollem Erfolg beendet.

Die Lohnbewegung bei den Baufirmen A. G. Rön, und Keller-Mumpenast, Köln, die Werkplätze in Münster haben, ist noch nicht beendet.

Oesterreich. Gesperert sind: Schwarzbrunn, Rohlfeld, Maffersdorf, Aulzig, Kolomea, Drohobycz, Laibach, Mühldorf, Friedeberg, Klein-Krosse, Notwasser, Sehdorf und Schwarzwasser. In den fettgedruckten Orten sind etwa 700 Steinarbeiter ausgesperret.

Budapest. Die Lage ist hier noch unverändert und ist noch keine Aussicht auf eine Beendigung der Bewegung. Bis jetzt konnten 173 Kollegen auswärts beschäftigt werden; die Zahl der Ausgesperreten ist noch 630.

Zur Tarifbewegung im Pflastersteingewerbe in Bayern.

Am 16. Mai 1911 tagten im Zentralbureau der Bayerischen Granit-Altiengeellschaft Regensburg bereits die ersten Verhandlungen, die zu folgendem Resultat führten:

- I. Ein Bezirksarif für die gesamten Granitpflastersteinerwerke soll vereinbart und zum Abschluß gebracht werden.
- II. Der Tarif soll nach den Vorschlägen des Gauleiters Wittenmeier von dem Verband der Granitindustriellen in Bayern aufgestellt und dem Steinarbeiterverband bis längstens 10. Juli 1911 vorgelegt werden.
- III. Der Tarif hat folgende Punkte zu umfassen:
 - a) einen allgemein gültigen Vertrag;
 - b) die Normen über die Herstellung von Pflastersteinen nach den Bedingungen der Stadtbauämter;
 - c) Stundenlöhne für Steinhauer, für Brecher und Rißer, für Schmiede und für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen;
 - d) Stundenlöhne für Steinhauer, Brecher und Rißer, wenn sie zur Aufarbeitung von sogenannten Faulwänden oder bei Steinmangel zu Hilfsarbeitenarbeiten Verwendung finden;
 - e) für alle im Gebiet herzustellenden Pflastersteine einheitliche Maße;
 - f) für alle im Gebiet herzustellenden Pflastersteine möglichst einheitliche Preise, je nach Härte und Spaltbarkeit des Materials und je nach den Verkaufsbedingungen;
 - g) allgemeine Bestimmungen unter der Berücksichtigung, daß Bestimmungen getroffen werden, welche die Härten des Steinmangels möglichst beseitigen; daß die Schmiede- und Werkzeugfrage einheitlich geregelt und das leidliche Blaumachen möglichst beseitigt wird.
- IV. Ein Schiedsgericht zur Regelung von Tarifdifferenzen ist zu errichten.
- V. Ferner soll eine Instanz errichtet werden, welche im Tarifbezirk einen Schiedspruch zu fällen hat, falls bei den Lokalverhandlungen eine Einigung nicht erzielt werden kann.

Der 10. Juli — der Endtermin des gegebenen Wortes — ist verstrichen, ohne daß eine Vorlage oder ein Lebenszeichen vom Verband der Granitindustriellen an uns gelangt wäre. Wir nehmen gerne an, daß die Vorarbeiten dieses sozialen Wertes — wie es von Herrn Kommerzienrat Kerber betitelt wurde — nicht fertig gestellt werden konnte, müßten aber an dieser Stelle ebenso höflich als dringend bitten, dem gegebenen Versprechen nachzukommen.

Der Boykott als Kampfmittel.

Unter den vielen Kampfmitteln, die feindliche Nationen, Klassen oder Erwerbsgruppen gegeneinander oder gegen einzelne ihrer Angehörigen anwenden, ist sicher der Boykott eines der wichtigsten. Er hat seinen Namen von dem englischen Kapitän Charles Cunningham Boycott, der am Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts als Verwalter eines englischen Großgrundbesitzers in Irland die irischen Pächter zu überwinden hatte und dabei so hartnäckig verfuhr, daß die englische Sanftigkeit im Jahre 1880 beschloß, in Form einer Achtung gegen ihn vorzugehen. Unmittelbar vor der Ernte kündigten ihm alle Arbeiter und Dienstboten; die Fuhrwerksbesitzer fuhren nicht für ihn und die Gastwirte, Schlächter, Bäcker und Krämer verkaufen ihm nichts und gewährten ihm auch keine Unterkunft. Diese Achtung des Kapitän Boycott hatte vollen Erfolg; er mußte, obgleich ihm die Regierung zu Hilfe eilte, die Gegend seines hartnäckigen Wirkens verlassen. Bald brachte man dieses Kampfmittel gegen mißliebige Pächter, Kaufleute und Branereien häufiger zur Anwendung und gab ihm den Namen Boycotting oder Boykott.

Natürlich ist der Boykott viel älter als sein Name. Schon im Mittelalter wurde von den Zunftgeleuten gegen Meister, die ihre Forderungen nicht bewilligten, der Boykott verhängt, oder, wie es damals hieß, die Meister wurden „gescholten“ oder „in Verzug erklärt“. Auch von den Meistern und Gesellen gemeinschaftlich wurden einzelne Meister und Gesellen, die sich gegen die Zunftordnung vergangen hatten, in Verzug erklärt. Die in Verzug erklärten Gesellen durfte kein Meister beschäftigen, wie denn auch kein Geselle bei einem in Verzug erklärten Meister arbeiten durfte. Auch die Aussätzigen standen im Mittelalter unter Verzug; sie mußten besondere Kleider tragen, durften nicht heiraten und mußten in manchen Gegenden durch eine Klapper vor ihrer Annäherung warnen, womit man die ansteckende Krankheit unterdrücken wollte. Verantwortlich mit dem Boykott hatten auch die früher häufig angewendeten Kampf- oder Strafmittel der katholischen Kirche: der Bann, das Interdikt und die Exkommunikation, die allerdings heute durch die

wachsende Aufklärung ziemlich wirkungslos geworden sind. Nur die Exkommunikation, die darin besteht, daß die katholische Geistlichkeit dem Exkommunizierten die Absolution, die Sterbesakramente und das kirchliche Begräbniß verweigert, wird heute noch etwas häufiger geübt. — Aber auch vor einem direkten Boykott scheut die Kirche unter Umständen nicht zurück. Erst im Jahre 1800 wurden in der Pfarrkirche zu Düren alle Pfarrangehörigen aufgesordert, das Stadttheater in Düren solange zu meiden, bis dafür Bürgschaft gegeben sei, daß ein gewisses Stück, in dem angeblich die Lehren und Gebräuche der katholischen Religion verhöhnt worden sein sollten, nicht mehr zur Aufführung gelange. Dabei kann sich die Kirche für ihr Tun auf recht alte Vorbilder berufen; denn schon der Apostel Paulus forderte in seinem Brief an die Thessalonier auf: „So aber jemand nicht gehorsam ist unserm Wort, den zeichne an durch einen Brief und hab nichts mit ihm zu schaffen, auf daß er Schamot werde.“

In neuerer Zeit ist der Boykott wiederholt von ganzen Völkern gegen andre Völker angewendet worden, um sie zu wirtschaftlichen Zugeständnissen zu zwingen. So erklärten am 1. November 1765 die New Yorker Kaufleute den Boykott gegen alle englischen Waren, um das englische Parlament zur Aufhebung der ein Jahr vorher eingeführten Stempelsteuer für die nordamerikanischen Kolonien zu veranlassen. Der Boykott wurde von der ganzen nordamerikanischen Bevölkerung unterstützt, was zur Folge hatte, daß die Stempelsteuer Anfang 1766 wieder aufgehoben wurde. Schon im Jahre 1768 beschloßen die Kaufleute von Boston unter Zustimmung aller nordamerikanischen Provinzen erneut den Boykott über die englischen Waren, weil das englische Ministerium die amerikanischen Kolonien mit Einfuhrzöllen auf Tee, Glas, Papier und Malerfarben belastet hatte. Als die Einfuhr nach Amerika im Jahre 1769 um über 15 Millionen Mark zurückging, wurden die Zölle, mit Ausnahme des Teezolls, wieder aufgehoben, worauf sich auch die Amerikaner mit dem Boykott gegen den Tee begnügten. Zehn Jahre später verhängten die Irländer einen Boykott gegen die englischen Waren, um sich eine größere Handelsfreiheit zu sichern, was ihnen auch gelang. Ein sehr bekannter Boykott im größten Umfange war die im Jahre 1798 beginnende und später verschärfte Kontinental Sperre. Im Jahre 1806 unterlag Napoleon nicht nur den Handel mit englischen Waren, sondern auch den persönlichen und brieflichen Verkehr mit England. Nach einem Erlaß Napoleons vom Jahre 1810 sollten Personen, die englische Waren aus Fessland einschmuggelten, mit zehnjähriger Zwangsarbeit bestraft und die beschlagnahmten Waren verbrannt oder vernichtet werden. Erst als Napoleon abgewirksam hatte, wurde die Kontinental Sperre aufgehoben.

Im vergangnen Jahrhundert wurden dann noch eine ganze Reihe Verurteilungen gegen Waren der verlebtesten Völker verhängt und zu verhängen versucht, wovon auch mehrfach deutsche Waren betroffen wurden. Bekannt sind die seit vielen Jahren von den Polen betriebenen Boykottversuche, die wegen der von der preussischen Regierung geübten Unterdrückungspolitik immer wieder mit erneuter Heftigkeit und Geschäftlichkeit einsehen. Die Polen boykottierten nicht nur die deutschen Waren und Geschäfte, sondern, trotz ihres jumeist fanatischen Katholizismus, sogar die Kirchen, in denen sich die Geistlichen geweiheit hatten, polnische Predigten zuzulassen, ja, der polnische „Dziennik Berlinski“ bezeichnete es am 23. April 1901 allen Ernstes als „Lobfunde“, wenn sich ein Pole mit einem deutschen Mädchen oder ein polnisches Mädchen, mit einem deutschen Mann verheiratete; denn die Deutschen seien „der Polen verhasste Feinde“. Noch in frischer Erinnerung ist die türkische Verurteilung gegen Oesterreich im Jahre 1908, die sich gegen die Befesung und Einverleibung Bosniens und der Herzegowina richtete. In allen Häfen der Türkei wurden österreichische Schiffe zurückgewiesen, an manchen Orten wurden sogar die österreichischen Waren vernichtet und ins Meer geworfen. Als sich Oesterreich-Ungarn im Februar 1909 mit der Türkei verständigte, hörte der Boykott auf. Andre bekannte Verurufe der neuesten Zeit waren der serbische Veruruf gegen Oesterreich, der türkische Boykott gegen Griechenland aus Anlaß der Kretefrage und die wiederholten Verurufe der Chinesen gegen Amerika. Letzterer richtete sich gegen das Verbot, das Amerika gegen die Einwanderung von Chinesen, besonders Skulis, in die nordamerikanische Union erlassen hatte. Der Veruruf wurde mit solcher Schärfe durchgeführt, daß nach den amtlichen Ermittlungen der Absatz nordamerikanischer Baumwollwaren, Zigaretten, Mehl und Petroleum auf dem chinesischen Markte eine Einbuße von 84 Millionen Mark erlitt. Dadurch mußte Amerika einleiden und die Chinesen hatten vollen Erfolg. Außerdem wurden in neuerer Zeit noch eine ganze Reihe Verurufe zwischen Völkern mit mehr oder weniger Erfolg geführt.

Zu der Arbeiterbewegung ist der Boykott gleichfalls schon ein sehr altes Kampfmittel, und zwar dürfte es erstmals in den Jahren 1830 bis 1840 von den Chartisten in England angewendet worden sein, die damals den Veruruf über alle Segner des allgemeinen Wahlrechts verhängten. Dann erklärten die nordamerikanischen Arbeiterorganisationen die Waren und Produkte der Fabrikanten und Unternehmer in Veruruf, die die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligten; doch wurde der Boykott nur auf Waren ausgedehnt, die von Arbeitern gekauft werden. Auch die Solidarität der festländischen Arbeiter nahmen die amerikanischen Arbeiter beim Boykott solcher Erzeugnisse mit Erfolg in Anspruch, die auf den europäischen Markt geworfen wurden. So wurde mit Hilfe der deutschen und der übrigen festländischen Arbeiterkraft erst vor kurzem ein jahrelang geführter Kampf der amerikanischen Buchdrucker gegen die 50-Millionen-firma Butterick Publishing Company in New York siegreich beendet.

Auch für die deutschen Arbeiter ist der Boykott, wenn er zur rechten Zeit und an der rechten Stelle angewendet wird, ein sehr gutes Kampfmittel, wobei natürlich immer Voraussetzung ist, daß er befolgt wird. Um ihn als Kampfmittel nicht wirkungslos zu machen, darf er nur im äußersten Notfall als letztes Mittel angewendet werden, nachdem man sich von der Möglichkeit seiner Durchführung überzeugt hat. Bekannt und jumeist leicht durchführbar sind die Boykotts gegen Gastwirte, die ihre Säle den Arbeitern nicht zu Versammlungen usw. zur Ver-

hängung stellen. Sie sind übrigens ein sehr gutes und oft wirksames Gegenmittel gegen die Boykotts, die von den Militärbeförden über Wirtschaften und Säle verhängt werden, in denen sozialdemokratische Arbeiter verkehren. Auch über einzelne Geschäfte, Warenhäuser usw. wurden nicht selten mit Erfolg Boykotts verhängt und dadurch erreicht, daß die Forderungen der Angestellten ganz oder zum Teil anerkannt wurden. In diesem Falle wird der Boykott zum gewerkschaftlichen Kampfmittel, und es ist nicht zu leugnen, daß durch dieses Kampfmittel schon schöne Erfolge erzielt worden sind. Möglich sind solche Boykotts allerdings nur in den Industrien, die auf einen Massenablauf an die Arbeiter angewiesen sind, was besonders in der Bekleidungs- sowie in der Nahrungs- und Genussmittellindustrie der Fall ist. Mit Hilfe von Boykotts konnten besonders die Brauereiarbeiter, die Bäcker und Schlächter sowie die Schneider und andre Arbeitergruppen mancher Städte ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht unwesentlich verbessern.

Der größte von den deutschen Arbeitern verhängte und wegen seiner großen kulturellen Wirkungen weitest verbreitete Boykott ist der im September 1909 vom sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig beschlossene Schnapsboykott, der allerdings nicht so sehr streng durchgeführt wird. Er ist in erster Linie ein politisches Kampfmittel, das sich in gleicher Weise gegen die Steuerpolitik der Regierung wie gegen die Liebesgaben der Schnapsunter richtet. Trotz der sehr mangelhaften Durchführung des Boykotts ist der Branntweinverbrauch doch ganz enorm zurückgegangen, was sicherlich auf die Arbeiterklasse von sehr wohlthätiger Wirkung sein wird.

Es ist selbstverständlich, daß der Boykott den davon Betroffenen sehr unangenehm ist, da sie ja bei strenger Durchführung entweder nachgeben müssen, oder aber sich auf einen empfindlichen Schaden, ja, sogar auf ihren Ruin gefaßt machen müssen. Deshalb ist es kein Wunder, daß die Betroffenen gegen die Verhängung des Boykotts, besonders wenn dieser im gewerkschaftlichen Kampfe angewendet wird, oft die Polizei und die Gerichte zu Hilfe rufen; und bei der bekannnten Arbeiterfeindschaft dieser Institutionen ist es auch kein Wunder, daß sie gelegentlich den Kapitalisten bereitwillig Hilfe leisten. Zwar, der Boykott selbst ist nach den Entscheidungen des Reichsgerichts nicht unerlaubt, er kann aber, durch die Art, wie diese Maßnahme ins Werk gesetzt wird, den Charakter einer unerlaubten Handlung annehmen. Dadurch haben es die Gerichte in der Hand, den Boykott in bestimmten Fällen (wenn die angewendeten Mittel gegen das Strafgesetz oder die guten Sitten verstoßen, wenn der Berufene zugrunde gerichtet oder wenn ihm der Gewerbebetrieb unmöglich gemacht werden soll) zu einem unerlaubten zu machen und sogar dem Boykottierten Schadenersatz zuzufprechen. Das ist in den letzten Jahren im Kampfe gegen die organisierte Arbeiterchaft auch wiederholt geschehen. Was dabei unter Umständen als „unfittlich“ angesehen werden kann, zeigt eine Entscheidung des Reichsgerichts, das einen Boykott als unfittlich erklärte, weil Boykottzettel folgenden Inhalts verteilt worden waren: „Achtung! Arbeitsbrüder! Wegen Nichtanerkennung der Organisation haben wir uns genötigt gesehen, das Lokal... zu sperren. Wir bitten die Arbeiter, uns dadurch zu unterstützen, daß dieselben während der Sperre das Lokal meiden.“ Die Unfittlichkeit wurde in diesem Falle darin gesehen, daß nicht ausreichend mitgeteilt worden war, um was es sich bei dem Streik handelte.

Für die Arbeiterchaft ergibt sich aus solchen Urteilen die Notwendigkeit, bei der Verhängung von Boykotts sehr vorsichtig zu sein; aber auch die Notwendigkeit, die durch die Organisationen der Arbeiter verhängten Boykotts mit aller Energie und Geschlossenheit durchzuführen.

Zur beendeten Lohnbewegung im Maintal.

I.

P. St. Es ist den Kollegen bekannt, daß vorigen Herbst ein Tarifvertrag im Muschelkalkgebiet (Würzburg und Umgegend) abgeschlossen wurde. Es ist wohl verständlich, daß unsere Mitglieder im Maintal-Sandsteinbezirk, welcher sich erstreckt von Aschaffenburg bis Wertheim am Main und zu welchem auch die Zahlstellen am Obermain bei Würzburg, Ebersbach usw., gehören, einen Tarif durchsetzen wollten. Schon 1906 war der Bezirk an der Bewegung beteiligt, welche mit dem denkwürdigen Muschelkalkstreik endete, denn es wollte ein Bezirk dem andern zuvorkommen. Die Bewegung im Sandsteingebiet wurde aus verschiedenen Gründen zurückgestellt. Daß der Tarif im Muschelkalksteingebiet im vorigen Jahr auf dem ruhigeren Verhandlungswege zustande kam, hatte seinen Grund darin, daß einmal der Muschelkalk ein modernes, gesuchtes und im Preise nicht so gedrücktes Baumaterial darstellt. Zum andern hatten sich die Organisationsverhältnisse sehr günstig entwickelt; drittens hatten sich die Produktionsbedingungen gegen 1906 wesentlich verschoben. Im Muschelkalkgebiet haben einige Firmen, die im Unternehmerverband organisiert sind, Großbetriebe errichtet, welche das Material mit Maschinen bearbeiten und bereits in andern Gebieten mit unserm Verband im Vertragsverhältnis stehen. Im Jahre 1906 lagen die Dinge wesentlich anders. Es muß hierbei berücksichtigt werden, daß eine große Zahl Kleinbetriebe in Frage kommen, die in ihrem Verband noch nicht organisiert waren und mit dem Abschluß eines Tarifs nach Flächen und Gliedern eine Preissteigerung befürchteten, die sie konkurrenzunfähig machen würde. Diese kleinen Unternehmer leisteten damals den stärksten Widerstand. Die Großfirmen fürchteten einen Tarifabschluß weniger, dafür aber mehr die Schädigung durch eine Arbeitsniederlegung. Nun kam das Schutz- und Trutzbündnis zustande, indem sich die kleinen Unternehmer verpflichteten, den größeren Firmen während eines Streiks die Arbeiten zu liefern. Das konnten sie nur darum, weil unsere Organisationsverhältnisse noch schwach entwickelt waren und nach einigen Wochen im Gebiet der kleinen Unternehmer 150 stehengebliebene Steinmehnen gezählt werden konnten. Es trat nun ein was eintreten mußte. Die kleinen Unternehmer holten sich am Anfang der Woche Zeichnungen und Schablonen und am Schluß der Woche Geld für Löhne und eigenen Profit. So bequem hatte man es noch nie gehabt.

Die Dinge haben sich nun ganz wesentlich verändert; mit Sägen wird der Stein in den Großbetrieben bearbeitet und die kleinen Betriebe sind in allen Fällen ausgeschaltet. Um nun nicht mit den Arbeitern in eine ähnliche Lage zu kommen wie 1906, stand einem Tarifabschluß nichts mehr im Wege. Der Tarifabschluß hat unstreitig eine Lohnerhöhung nach sich gezogen.

Alle diese Erfahrungen haben sich nun auf die Unternehmer und Arbeiter des Maintalsandsteinbezirks instinktiv übertragen. Hierbei muß beachtet werden, daß eine Anzahl Unternehmer in beiden Gebieten in Frage kom-

men, ebenfalls arbeiten eine große Zahl unserer Kollegen einmal in Muschelkalk, das andermal in Maintalsandstein. In beiden Gebieten arbeiten sehr viel Kollegen, welche in Norddeutschland nach gut ausgebauten Tarifen gearbeitet und gerechnet haben. Diese Leute stellen nun den Sauersteig in den betreffenden Gebieten dar. Wirtschaftlich betrachtet sind auch im Sandsteingebiet einige alteingesessene, in der Blütezeit der Steinindustrie reich gewordene Firmen und eine große Zahl kleiner Unternehmer, welche zum Teil von den Großfirmen abhängig sind, vorhanden. Die Gesamtproduktion ist seit Jahren zurückgegangen, zum Teil weil der Stein nicht mehr so gesucht ist, zum Teil durch Anwendung von Ersatzmitteln (Eisenbeton, Kunststein usw.). Das Absatzgebiet sind nur größere Städte. Niedrige Preisangebote waren und sind die Mittel, welche die Industrie erhalten und beleben sollen. In der Steinindustrie stellt nun der Arbeitslohn einen größeren Teil des Produkts dar als in andern Gewerben, und es ist darum der Arbeitslohn, welcher die Kosten zu tragen hat und darum möglichst niedrig gehalten wird. Es ist möglich, auch bei niedrigen Warenpreisen den Arbeitslohn nicht unter das Existenzminimum herabzudrücken, da muß eben die Produktion danach eingerichtet und verbessert werden. Aber hier fehlt es gerade daran. Wenn es andre Produktionszweige mit der Vergrößerung der Betriebe versuchen, die Regiekosten zu verringern, so ist es hier umgedreht. Einige Großfirmen haben in 4-5 Orten kleine Betriebe, es ist in jedem eine Geschäftsführung (Polier usw.) nötig. Das Rohmaterial wird in den Betrieben hin und her transportiert, vom Obermain nach dem Untermain und umgekehrt. Bis jetzt hat man sich noch nicht dazu ausgeschwungen, eine Steinstraße zu errichten, wo man doch von Mangel an Mitteln dazu nicht reden kann. Es müssen aber gerade die verstreuten Betriebe der Hinderungsgrund sein. Der wichtigste Hinderungsgrund wird aber in den niedrigen Arbeitslöhnen zu suchen sein. Die Löhne sind an jedem Ort verschieden, die Arbeiter in kleinen Orten verständigen sich auch viel schwerer untereinander. Was die bestehenden Verhältnisse auch noch erhalten hat, ist die Bodenständigkeit der Arbeiter. Sie sind mehr oder weniger auf dem Besitz oder Pacht eines kleinen Fleckens Landes, auf welchem sich ein oder einige Schlachtvieh ziehen lassen. Kurz, sie sind an die Scholle gefesselt; das war auch bis jetzt der Grund, daß die moderne Gewerkschaftsbewegung schwer einzuwurzeln konnte. Es muß noch an einen weiteren Grund gedacht werden, welcher die Lage des Gewerbes verschlechtert. Die Kleinbetriebe, wenn man sie überhaupt noch als solche ansprechen kann, erstrecken sich bis in den Spessart und seine Seitentäler. Dort gibt es nun Kleinbauern als Besitzer der Steinbrüche, welche neben ihrer Feldarbeit glatte Fenstergestelle, Kellerstufen, Treppenstufen, Wasser- oder Spülsteine, Tröge usw. herstellen. Daß bei einer derartigen Produktionsweise die Preise nicht den veränderten Lebensbedingungen angepaßt steigen, wird jeder begreifen. In Großheubach macht ein Fleischermeister im Nebenamt sogar den Steinmehmeister.

Es ist nun in diesem Gebiet zum erstenmal ein Tarif abgeschlossen; derselbe wird nun ohne Zweifel auf die geschilderten Zustände seine Wirkung nicht verfehlen. Dieser Tarif ist in seiner Eigenart der einzige von unsern Tarifen; auf seinen sachlichen Inhalt, den Abschluß und die Bewegung dazu kommen wir in nächster Nummer zurück.

Gommern.

Seit sechs Wochen bereits stehen die Steinarbeiter von Gommern und Umgebung im Streik, weil ihre eingereichte Forderung, den Stundenlohn der Brecher von 32 auf 35 Pfennige zu erhöhen und den Pflastersteinhauern eine zehnprozentige Erhöhung der Akkordlöhne zu gewähren, von den Unternehmern gar nicht beachtet worden ist. Daß es wegen einer solchen Lappalie — denn eine Forderung, die sich in solch bescheidenen Grenzen bewegt, zumal für die Pflastersteinhauer nichts weiter verlangt wurde, als was sie vor mehreren Jahren bereits hatten, muß als Lappalie bezeichnet werden — zum Streik kommen konnte, hat wohl kein Mensch gedacht. Die Streikenden erfreuen sich denn auch der vollsten Sympathie der gesamten Bürgerschaft. Die übergroße Mehrzahl der Streikenden — 500 — hat Gommern bereits verlassen und anderweitig lohnendere und bessere Arbeit erhalten. Ein auswärtiger Unternehmer, der von dem Streik erfahren hatte, machte sich die Sache zunutze und holte sich sofort 100 Mann.

Und mit Freuden können wir konstatieren, daß derselbe Unternehmer, der sich sehr anerkennend über den Fleiß, über die Tüchtigkeit und über die Sachkenntnis unserer Kollegen ausgesprochen hat, fortwährend noch mehr Leute von hier für seine Betriebe verlangt. Das sind dieselben Arbeiter, die Herr Steinbruchbesitzer Rich. Schröder von hier als „Ausfluß der Arbeiter“ bezeichnete, die nicht Lust von sich zu arbeiten haben, die zu jeder Arbeit zu dumm und nur darauf bedacht sind, die Unternehmer zu schädigen. Derselbe Herr Schröder hat sich aber nicht gescheut, diesen „Ausfluß der Arbeiter“ jahrelang bis aufs äußerste auszubehnten. Er hat strupellos den Reichtum, den ihn diese „faule Saufgesellschaft“ erarbeitet, in die Tasche gesteckt. Er ist stets einer der ersten gewesen, die Arbeiter auf derartig niedriger Kulturstufe zu halten, daß sie sich gar nicht bewußt werden, welchen Wert sie durch ihrer Hände Arbeit erzeugen. Ihm sind auch deshalb die Organisationen der Arbeiter, namentlich aber der Zentralverband der Steinarbeiter, aufs beste verhaßt, weil es ihm gelungen ist, aus einer stumpfsinnigen Arbeiterchaft intelligente Menschen zu machen. Und in seinen Worten spiegelt sich lediglich die Wut wieder, daß ein auswärtiger Unternehmer sich den Unverstand der hiesigen Steinbruchbesitzer zunutze macht, um für seine Betriebe einen intelligenten Arbeiterstamm anzuzuerben. Obgleich aber die Unternehmer sehen, wie auf diese Weise ein Arbeiter nach dem andern aus Gommern verschwindet, und wie dadurch ihren Betrieben die tüchtigsten, eingearbeiteten Leute verloren gehen, beharren sie auf ihrem starcköpfigen Standpunkt: „Wir können wohl, aber wir wollen nicht, und verlangen bedingungslose Aufnahme der Arbeiter!“ Sie trösten sich mit der Hoffnung, die Arbeiter kommen ja doch wieder. Es kann aber heute schon gesagt werden, daß diese Hoffnung der Unternehmer eine durchaus irrige ist. Obgleich es sich auch die Unternehmer bereits ein schönes Stück Geld haben kosten lassen, will es

ihnen doch nicht recht glücken, Arbeitswillige für ihre Betriebe zu bekommen. So haben sie bereits im Frühjahr unter erheblichem Kostenaufwand Baracken, einschließlich der inneren Einrichtung dazu, herstellen lassen. Gerüchlicherweise verlautet sogar, daß ein Agent mit dem ihm anvertrauten Gelde zur Beschaffung von Arbeitswilligen auf und davon gegangen ist. Alles das hätten sich die Unternehmer ersparen können, wenn sie den Arbeitern etwas entgegengekommen wären. Am schwersten haben es die Bruchmeister, Aufseher usw., die jetzt Arbeitswilligendienste verrichten und außerordentlich schwer arbeiten müssen. Einige von ihnen verkündeten vor Ausbruch des Streiks großspurig, „das Geld für euren Streik ist in die Elster gefallen“, — warum gerade in die Elster, weiß außer den Meistern kein Mensch. Und heute, nachdem sie sechs Wochen schwer arbeiten müssen, erklären sie: „Wir haben die Geschichte herzlich satt, am liebsten würden wir die Arbeit auch niederlegen! Fast alle haben wir im Gewicht um zehn Pfund abgenommen!“ Dieses Geständnis der Meister ist natürlich nur geeignet, einen großen Heiterkeitssausbruch unter den Streikenden hervorzurufen. Es ist ferner geeignet, die Streikenden, die ja doch jahrein, jahraus die schwere Arbeit verrichten müssen, in ihrer Ansicht, daß ihr Kampf um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen ein gerechter ist, zu bestärken.

bleibt die Begeisterung der wenigen noch am Orte befindlichen Kollegen so bestehen, wie sie jetzt vorherrscht, dann wird in nicht allzuferner Zeit berichtet werden können, daß auch die hiesigen Unternehmer einsehen gelernt haben, die Arbeiter als gleichberechtigte Menschen anzusehen und die Organisation derselben als achtunggebietenden Faktor zu betrachten. III.

Ausruf der Arbeit.

Die Methode des Ausrufens der Arbeit in Belgien war uns bis heute unverständlich. Nachstehender Bericht zeigt uns nun, welche Bedeutung dieselbe für Belgien hat.

„In den Steinbrüchen von ganz Belgien wird das Behauen der Steine per Stück vergeben. Man muß indessen zwischen dem „épineur“, welcher die Steine zubohrt, und demjenigen, der die Steine verarbeitet, unterscheiden. Der épineur bereitet die Steine nach den verlangten Maßen vor, indem er dabei ein wenig Bossen stehen läßt. Wenn der Stein gleichmäßig im Quadrat oder Rechteck zugehauen ist, geht er vom épineur, der im Taglohn arbeitet, an den eigentlichen Steinhauerpolier.

Jeder Stein, der nicht über 10 Frank Arbeitslohn kostet, kann vom Angestellten an einen beliebigen Steinhauer vergeben werden, ausgenommen in den Distrikten, wo die Arbeiter gut organisiert sind, und wo mehr als ein Arbeiter auf Arbeit warten muß. Hier übernimmt derjenige die Arbeit, der mit seinem vorherigen Werkstück zuerst fertig war. Dieses System wird speziell gehandhabt in denjenigen Steinbrüchen, wo die Organisation das Vergeben der Steine von sich aus regeln kann.

Stünd ein oder mehrere Steine, deren Arbeitspreis mehr als 10 Frank beträgt, so ruft der betreffende Angestellte alle Steinhauer zu sich, erklärt ihnen, daß der und der Stein nach den vorliegenden Skizzen und Plänen zu bearbeiten sei, daß die und die Seite mit so und so viel bezahlt werde. Die Arbeiter können so immer zuerst kontrollieren, ob der offerierte Preis auch wirklich tarifmäßig sei. Wenn bezüglich des Preises keine Differenz besteht und wenn ein Arbeiter erklärt, daß er den Stein nehme, indem er zugleich beweist, daß er seit einiger Zeit arbeitslos war, so bekommt ihn derjenige, welcher sich zuerst meldete, d. h. am längsten ohne Fassonarbeit über 10 Frank Lohn geblieben ist. Wenn dann der erstgemeldete Arbeiter den auszuführenden Stein nicht übernimmt, kann ihn der nächstfolgende übernehmen.

Diese Art der Arbeitsverteilung hat den Zweck, das Günstlingsystem zu unterdrücken, denn die größeren Steine sind immer viel vorteilhafter zum Bearbeiten als die kleinen. Es hat auch den Vorteil, dem Arbeiter längere Zeit Beschäftigung zu gewähren. Der Arbeiter kann auch die Art der Beschäftigung, die ihm am besten behagt und für die er sich eignet, auswählen, so daß er keine Schikanen seiner Vorgesetzten wegen ungenügender Arbeitsleistung zu befürchten hat.

Wie man sieht, hat die Vorarbeit gar keinen Einfluß auf den Preis des Steins, denn die Bezahlung muß immer genau dem Tarif entsprechen, da sonst die Steinhauer die Ausführung der Arbeit verweigern würden. Dürften die Steine aber unter der Hand vergeben werden, so würden sich gewisse Arbeiter bei zu niedriger Bezahlung nicht getrauen zu reklamieren, weil sie befürchten müßten, keine guten Steine mehr zu erhalten und schlecht angeschrieben zu werden.

Deshalb halten die belgischen Steinhauer so sehr an dem Vorbearbeiten der Steine und Vergeben der Arbeit durch den Ausruf fest. Sie betrachten dieses System in den Steinbrüchen als etwas Unentbehrliches, um die Einigkeit aufrecht zu erhalten, den Mißmut und das Mißtrauen nicht aufkommen zu lassen, was immer dort zu finden ist, wo der Meister die Arbeit nach seinem Gutdünken verteilt; denn er ist immer etwas parteiisch, um seine Arbeiter bestmöglichst auszubeuten. In den großen Steinbrüchen, wo 3-400 Steinhauer beschäftigt werden, kann nur durch diese Art der Arbeitsverteilung das Günstlingswesen unmöglich gemacht und können auch Differenzen vermieden werden. (Schweizerischer „Steinarbeiter.“)

Zentrumsschwindel über die Arbeiterversicherung.

Landau, landab ziehen Giesberts, Beder und ihr Troß, um den christlichen Arbeitern begreiflich zu machen, daß seit langen, langen Jahren keine solche sozialpolitische Großtat geleistet sei, als sie jetzt der Entrechtungsblock mit der Reichsversicherungsordnung geleistet habe. Daß in diesen Einseiferverfammlungen auch die größten Schwindelereien über die Sozialdemokratie nicht fehlen dürfen, versteht sich von selbst. So sagte Herr B e h r e n s in einer Düsseldorfser Versammlung vom 18. Juni: „Die Sozialdemokratie will überhaupt grundsätzlich keine arbeiterfreundlichen Gesetze.“

Gätten alle diejenigen, die das Maul aufreißten über die negierende Politik der Sozialdemokratie, deren Anträgen zugestimmt, wir hätten heute eine andre Versicherungsgelesgebung.

Die Sozialdemokraten verlangten zum Krankenversicherungs-

- 1. daß die Versicherung auf alle Arbeiter, Handwerker (1) und Kleinbauern (1) ausgedehnt werde;
- 2. daß vom Beginn der Erwerbsunfähigkeit Krankengeld bezahlt werde;
- 3. daß das Krankengeld für die ganze Dauer der Erwerbsunfähigkeit bezahlt werde;
- 4. daß das Krankengeld die Höhe des ortsüblichen Tagelohnes (!) und für Berufsarbeiter mindestens 2 Mark betrage;
- 5. daß eine einheitliche Organisation für die Versicherung geschaffen werde.

Die Sozialdemokraten verlangten zum Unfallversicherungs-

- 1. daß alle Arbeiter versichert werden;
- 2. daß die Verletzten in den ersten 13 Wochen ärztliche Hilfe und Rente auf Kosten der Unfallversicherung erhalten;
- 3. daß durch die Rente der verlorene Arbeitsverdienst voll ersetzt werde;
- 4. daß den Witwen getöteter Arbeiter eine Rente in Höhe von 50 Prozent des Arbeitsverdienstes gegeben werde;
- 5. daß Arbeiterausschüsse bei der Verwaltung mitwirken.

Die Sozialdemokraten verlangten zum Alters- und Invaliden-

- 1. daß alle Arbeiter, auch die Heimarbeiter, die kleinen Handwerker (!) und Kleinbauern (!) versichert werden;
- 2. daß vom 60. Lebensjahre ab Altersrente gezahlt werde;
- 3. daß das Reich einen Zuschuß von 90 Mark zu jeder Rente zahle;
- 4. daß die Beiträge für die Versicherten mit weniger als 550 Mark Jahreseinkommen aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden;
- 5. daß die Klasseneinteilung nach dem wirklichen Arbeitsverdienst erfolgt;
- 6. daß diejenigen Versicherten Invalidenrente erhalten, die nicht mehr die Hälfte ihres früheren Einkommens erwerben können;
- 7. daß Kranken von dem Tage an, von welchem sie kein Krankengeld mehr erhalten, Invalidenrente gezahlt wird;
- 8. daß die Invalidenrente mindestens 30 Prozent des früheren Einkommens betragen soll;
- 9. daß eine einheitliche Organisation für das ganze Reich geschaffen werde.

Wie verhielt sich aber das Zentrum zu diesen Gesetzen? Seit jeher war es befreit, ganz besonders im Interesse der Agrarier die Versicherungsgebung einzuschränken. Am 9. Februar 1906 erhob der Nationalliberale Schroeder im preussischen Landtage die Forderung, daß die Renten an verletzte Kinder und an solche Verletzte, die nur geringen Schaden an der Gesundheit genommen haben, nicht ausbezahlt werden sollten. Gleich war der Zentrumsmann Schmieding zur Stelle. Er nannte diese Renten

Schnapsrenten,

die den Reib der gesunden Arbeiter hervorrufen, und verlangte deren Beseitigung. Als im Reichstage auf diesen Vorgang hingewiesen wurde, schüttelten Erzberger und Trimborn Herrn Schmieding von ihren Hochschöhen ab. Sie sagten, daß Schmieding nur für seine Person gesprochen habe. Schmieding steht aber nicht so isoliert im Zentrum, wie die Herren Erzberger und Trimborn es darzustellen suchen. Am 28. Mai 1907 faßte die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für das Rheinland eine Resolution, in der gefordert wurde, die Renten bis zu 20 Prozent der Volkrente in Wegfall kommen zu lassen, weil die Umfragen zu hoch würden. Diese Resolution wurde vom Vorstand des Rheinischen Bauernvereins, also von sehr frommen Zentrumsleuten, aufgegriffen, die deren Erfüllung in einer Petition vom Reichstage forderten. Statt daß man diese Petition durch Uebergang zur Tagesordnung in den Papierkorb beförderte, fanden sich Zentrumsleute, die die Schnapsrentenrede des Herrn Schmieding wiederholten; und ein erheblicher Teil des Zentrums stimmte dafür, daß diese Resolution dem Reichstangler als Material zu überweisen sei.

Noch viel krasser war das Verhalten des Zentrums zur Invalidenversicherung. Als das Gesetz kam, durften in den Industriegebieten die Zentrumsblätter, die in scharfem Kampfe gegen das Großkapital standen, fast sozialdemokratisch schreiben. Die „Beifällige Volkszeitung“ in Bochum, das seinerzeit tonangebendste Zentrumsblatt des Industriegebietes, schrieb am 2. Juli 1887 über die Vorlage:

Die im Dienste der Industrie aufgeriebenen alten Leute müssen auf Kosten der Gemeinde erhalten werden. „Gehe ins Armenhaus, Kerl, oder stirb auf dem Mist; wir Großindustriellen sind nicht in der Lage, etwas für dich zu tun.“

Die Vorlage (Invalidenversicherung) bestimmt dem Arbeitsinvaliden eine tägliche Rente von 33 1/2 Reichspfennig, in deren Genuß er mit dem 70. Lebensjahre tritt. Dreimal glücklicher Reichspfennigrentner, glücklicher Arbeiterpreis, wie wird dich im Genuß einer solchen Pension der Haber strecken! 33 Pfennige pro Tag, das Drittel gar nicht einmal gerechnet, welches alle drei Tage einen Extrapfennig ausmacht und die Staatlichkeit deiner Einnahmen noch bedeutend vermehrt! Du weinst, Alter, ja du hast recht, Freudentränen zu vergießen. Denk: 33 Pfennige pro Tag, wie kannst du damit deine und deines braven Weibes alte Knochen hegen und pflegen! Es sind keine Freudentränen, sagst du, der Schmerz und die Wehmut preßen sie dir aus den müden Augen? Du möchtest am liebsten tot sein, dann wärest du allen Jammers und aller Not ledig? Mann, bedenke doch, der Staat tut für dich, was er kann. Aber die nationalliberalen Großindustriellen, in deren Dienst du deine Kräfte auflebst, leiden selbst Not, müssen selbst heimatlos betteln gehen und können sich deiner nicht annehmen. Also höre auf mit Weinen, alter Mann, du bist selbst an deinem Elend schuld; warum bist du nicht Generaldirektor geworden?

Diese großen Worte gehörten damals zur Zentrums-theorie, dort, wo es die Arbeiter einzufangen galt. Die Praxis sah anders aus! Bei der Beratung des Gesetzes im Mai 1889 erklärte Windhorst:

Ich habe damals gesagt, daß, wer für dieses Gesetz stimme, ein Sozialdemokrat sei (bewußt oder unbewußt, wie ich erläutere, die Worte habe ich nicht mehr im Kopfe, hinzugefügt habe). Diese Behauptung ist von mir in durchaus harmloser Weise ausgesprochen worden, und die Art und Weise, wie der Herr Staatssekretär von Bötticher darauf antwortete, hat genügend bewiesen, daß ihm die innere Bedeutung vollkommen klar gewesen ist und daß ich nur habe sagen wollen, daß derjenige, welcher für dieses Gesetz stimmt, damit unzweifelhaft den sozialistischen Boden in aller Form rechtens betritt.

Bebel sagte dagegen am 20. Mai 1889 am Schlusse seiner Reichstagsrede bei der dritten Lesung des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes:

Wird das Gesetz nicht angenommen, so werden wir für ein neues, besseres Gesetz mit aller Macht agitieren, und wird das Gesetz angenommen, so werden wir dem arbeitenden Volke beweisen, daß das Gesetz auch entfernt nicht das bietet, was es fordern kann, und werden es anspornen, solche Vertreter in den Reichstag zu schicken, die sehr wesentliche Verbesserungen dieses Gesetzes fordern.

Gegen das Gesetz stimmte mit 13 Ausnahmen auch das Zentrum, weil es keine Versicherung für die weiten Kreise der Landarbeiter, Dienstboten usw. wollte.

Auch später ist das Zentrum dieser Haltung noch lange treu geblieben. 1890/97 lartete ein Zentrumsantrag von Bachem,

Groeber, Frhr. v. Heeremann, Frhr. v. Hertlingen, Lieber, Müller-Gulda, Pöhl, Schäfer, Trimborn und Graf Hompefch. Beschränkung der Versicherungspflicht auf die Großindustrie und Beseitigung des Reichszuschusses.

Siehe verlangte Ablehnung des Regierungsentwurfs (Nr. 696 der Druckfaden) und weiter: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine Abänderung des Gesetzes vom 22. Juni 1889, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung unter Berücksichtigung nachfolgender Gesichtspunkte vorzubereiten:

- a) Beschränkung der Versicherungspflicht auf die Arbeiter in Bergwerken, Fabriken und sonstigen großgewerblichen Betrieben;
- b) Aufhebung des Versicherungszwanges für die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, das Handwerk und der kleingewerblichen Betriebe und für das Gefinde, unter der Bedingung der auf Grund des Gesetzes vom 22. Juni 1889 erworbenen Rechte, sei es durch die Gestattung der Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses, sei es durch Rückerstattung der entrichteten Beiträge;
- c) Zulassung der nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 22. Juni 1889 Versicherungspflichtigen, künftig aus der Versicherungspflicht auscheidenden Personen zur freiwilligen Versicherung;
- d) Ausdehnung des Anspruchs auf Gewährung von Renten auf die Hinterbliebenen der unter a) genannten Versicherungspflichtigen;
- e) Beseitigung des Reichszuschusses, soweit er nicht zur Wahrung wohlverworbener Rechte und zur Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses notwendig ist.

Eugen Richter erklärte dazu: Das einzig richtige wäre eine schrittweise Aufhebung des ganzen Gesetzes, wie solche eingeleitet wird durch den Antrag der Zentrumsparthei. Und diese Leute spielen heute den Dickhäutigen, obwohl klar auf der Hand liegt, daß im neuen Reichstage die Aussicht auf eine bessere Ausgestaltung der Reichsversicherungsordnung erheblich größer war als im jetzigen. Der Angst der Agrarier, daß es so kommen könnte, trug das Zentrum Rechnung, indem es die Reichsversicherungsordnung jetzt durchpeitschte.

Steinausschreibungen.

In den nächsten Tagen werden umfangreiche Steinlieferungen vergeben. Wir bringen sie zur Kenntnis unserer Leser, weil es immerhin möglich sein wird, dadurch gewisse Schlüsse auf den Stand unserer Konjunktur ziehen zu können. Es schreiben aus:

Eisenbahnbetriebsamt I in Aachen 1800 Quadratmeter Pflastersteine aus Grauwacke.

Wasserbauamt in Münster. Lieferung der zum Bau der Schachtstempel bei Henrichsburg erforderlichen Werksteine aus Niedermendigener Kalklava in einem oder zwei Losen. 1. I. 162 Kubikmeter Treppenstufen und Platten; 2. II. 175 Kubikmeter Platten (20 Zentimeter stark).

Gemeindebauamt in Dohemmerich. Anfuhr und Einbau von 200 Kubikmeter Basaltgrobschlag, 734 Kubikmeter Basaltkleinschlag und 170 Kubikmeter Basaltplättchen.

Bauamt in Blankenstein. 3250 Kubikmeter Packlage von Ruhrkohlensteinen nebst Pflastersteinen, 1900 Kubikmeter Basaltkleinschlag und Splitt.

Baubureau in St. Blasien, Schwarzwald. Lieferung des Plattenbelaags der Rotunde aus hartem, widerstandsfähigem, natürlichem Stein (1100 Quadratmeter) und der inneren Tritte (9 Kubikmeter) für den Ausbau der katholischen Kirche in St. Blasien.

Stadtbauamt in Duisburg. 500 Quadratmeter Pflastersteine aus bestem Ruhrkohlenstein.

Regierungsbaumeister Duhn in Berlin. Lieferung von Werksteinen aus ca. 500 Kubikmeter Muschelkalk und ca. 120 Kubikmeter grünlichem Granit für den Lagerbehälter des Oshafens in Berlin.

Eisenbahnbetriebsamt II in Stendal. Lieferung von Granitwerkstoffen für die Strompfeilerverblendung an der Stegbrücke bei Wittenberge.

Dombaumeister Professor L. Beder in Mainz. Zum Neubau einer katholischen Kirche in Mainz-Rombach. 2. 2. Hartgestein für Treppen und Sockel (Basalt u. Granit), ca. 30 Kubikmeter. 2. 3. Sandsteinarbeiten, ca. 25 Kubikmeter.

Eisenbahnbauabteilung in Sorau N.-L. Granitarbeiten einschließlich Materiallieferung zum Neubau des Empfangsgebäudes auf Bahnhof Sagau.

Eisenbahnamt in Riesa. Ausführung der Erd-, Ab-, Schaufens-, Pflaster-, Maurer- und Oberbauarbeiten für den Schafenerweiterungsbaue in Riesa. Unter anderem: 3400 Quadratmeter Bruchsteinpflaster, 1500 Quadratmeter Bruchsteinverkleidung der Rainmauer, 110 Quadratmeter Sandsteinabdeckplatten, einschließlich teilweise Materiallieferung.

Bürgermeisteramt in Eisenberg i. Pf. Steinmetzarbeiten für den Schulhausneubau der Gemeinde Eisenberg.

Große Wasser- und Straßenbauinspektion in Achern. Lieferung und Arbeiten zum Bau einer Reuschbrücke nebst Zufahrten beim Bahnhof Subader der Reuschalbahn in der Gemeinde Lautenbach. 100 Kubikmeter Mauerwerk, 160 Quadratmeter Ufer- und Böschungspflaster, 300 Kubikmeter Gesteine, 170 Kubikmeter Schotter.

Königliche Eisenbahndirektion in Elberfeld. Steinmetzarbeiten zum Neubau des Empfangsgebäudes Varmen-Hauptbahnhof: 1. I. 580 Kubikmeter Muschelkalk oder Sandstein oder Ruffstein. 2. II. Hartgesteinarbeiten (Basaltlava und Granit für Sockel, Treppenstufen usw.).

Korrespondenzen

Berlin. Marmorarbeiter! Da über den Zuschlag bei auswärtigen Arbeiten noch kein Einvernehmen mit dem Verband der Steinmetzgeschäfte zustande gekommen ist, derselbe aber ebenfalls im Tarifvertrage Aufnahme finden soll, so gelten ab 1. Juli nur die bisher vertraglich festgelegten Bestimmungen, und zwar: Minimallöhne: a) für Steinmetzen: In der Werkstelle 80 Pfg., außerhalb derselben 85 Pfg., bei reinen Versehrten 90 Pfg. b) für Schleifer, Fräser, Dreher: In der Werkstelle sofort 65 Pfg., ab 1. Januar 1912 68 Pfg., außerhalb derselben sofort 70 Pfg., ab 1. Januar 1912 73 Pfg. c) für Anfänger im Beruf: In der Werkstelle im ersten Halbjahr 50 Pfg., im zweiten Halbjahr 55 Pfg., im dritten Halbjahr 60 Pfg., im vierten Halbjahr 65 Pfg., nach zwei Jahren werden die vollen Lohnsätze gezahlt; außerhalb der Werkstelle in allen Punkten 5 Pfg. mehr. — Ueberstunden werden mit 25 Proz., Nachstunden (von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) mit 50 Proz. und Sonntagsarbeit mit 100 Proz. Zuschlag bezahlt. Besteheude Löhne dürfen nicht herabgesetzt werden. Die Kollegen werden ersucht, auf strengste Einhaltung dieser Bestimmungen zu achten und alle Fälle, in denen gegen dieselben verstoßen wird, unverzüglich im Verbandsbureau, Engeluser 15, I, Zimmer 7a (Telephon Amt TV 11371) zu melden. Ortsverwaltung Berlin.

Blombacherbad. Am 24. Juni fand zu Blombacherbad eine Mitgliederversammlung statt. Dieselbe war außerordentlich gut besucht. Vor allem waren die italienischen Kollegen zahlreich erschienen. Zu bebauern ist, daß die deutschen Kollegen an den Versammlungen so wenig Interesse haben, was sie doch eigentlich im Versammlungsbesuchen den italienischen Kollegen als Vorbild dienen müßten. Als Referent war Kollege August Schulte aus Edln erschienen. Er hielt zuerst einen Vortrag in italienischer Sprache über Zweck und Bedeutung der Organisation, woran sich eine rege Diskussion der italienischen Kollegen anschloß. Auf

Ersuchen der anwesenden deutschen Kollegen ließ sich der Redner bewegen, den Vortrag in deutscher Sprache zu wiederholen. Der Erfolg war, daß sich vier Kollegen aufnehmen ließen. Nach Schluß der Versammlung bereiteten einige musikalisch veranlagte Kollegen den Anwesenden noch einen gemüthlichen Abend.

Darmstadt. Am 2. Juli fand im Gewerkschaftshause unsere Generalversammlung statt. Nach Verlesen des letzten Versammlungsprotokolls legte der Kassierer seinen Rechenschaftsbericht ab, wofür ihm Entlastung erteilt wurde. Gleichzeitig gab der Kassierer bekannt, daß er mit heutigem seine Funktion als Kassierer niederlege. Zu seinem Nachfolger wurde der seit-herige Schriftführer Kollege Johannes P a h e n b a c h e r gewählt. Zum Schriftführer wurde Kollege Peter Arnold gewählt. Zum 2. Schriftführer wurde Kollege Philipp Bod gewählt. 2. Revisor wurde Kollege Enges aus Hofsdorf. In die Schlichtungskommission wurden die Kollegen Muntermann und Wolf bestimmt. Es wurde noch bekannt gegeben, daß sich die Zahlstelle Nieder-Ramstadt der Zahlstelle Darmstadt ange-schlossen habe.

Einbed. Eine am 30. Juni stattgefundene Mitglieder-versammlung beschäftigte sich nach Erledigung der örtlichen Angelegenheiten mit dem Streikabbruch der Kollegen in Reichenbach im Odenwald. Nach den Berichten im „Steinarbeiter“ kann man es nicht verstehen, warum der Zentralvorstand den dortigen Streik abgebrochen hat, noch mehr ist zu bebauern, daß gewarnt wird, für die noch streikenden Kollegen zu sammeln. Es wird ja (in Nr. 26: Bekanntmachung des Zentralvorstands) verschwiegen, welche Zahlstelle das Verbieten begangen hat, Sammlungen zu arrangieren. — Da den dortigen Kollegen schon 30 Mark gefandt worden sind, sollen trotz der Warnung des Zentralvorstands noch weitere Mittel gefandt werden. Ferner wurde nicht für schön befunden, daß die Kieler Kollegen für die ge-fandte Unterstützung im „Steinarbeiter“ noch nicht quittiert haben. Die Kieler Kollegen möchten das Besäumte sofort nach-holen. —

Amerkung. Der Reichenbacher Streik dauerte über 20 Wochen und die Hochsaison war vorüber. Da war es endlich Pflicht der Verbandsleitung, den Streik abzubrechen. Es lag im Interesse der Einheimischen, daß ihre Plätze nicht von an-geordneten fremden Beuten besetzt wurden. Wir müssen doch auch ohne weiteres den Mut haben, einen Kampf abzubrechen, wenn auch eine Niederlage in Kauf genommen werden muß. — Die Stellungnahme der Kollegen in Einbed ist nach der ganzen Sachlage recht unverständlich.

Großheuberg bei Grimma. Die hiesigen Stein- und Zementarbeiter gehören der Zahlstelle Grimma an, in Frage kommt im Ort nur ein Betrieb, in dem circa 80 Arbeiter beschäftigt sind. Der Betrieb gehört der Firma Wetterletn u. Co. Die Organisationsverhältnisse der Steinarbeiter haben sich im letzten Jahre erfreulichweise bedeutend verbessert, sind doch von den Beschäftigten 95 Prozent Mitglieder des Stein-arbeiterverbandes. Die noch Fernstehenden sind alte Leute, die schließlich nur vorübergehend im Steinbruch beschäftigt sind. Vor einigen Wochen haben die Kollegen verschiedene Forderungen eingereicht, die Verhandlung darüber kam aber nicht vom Fleck, so daß schon allen Ernstes eine Arbeitseinstellung erwogen war. Es fand nun am 8. Juli unter Beisein des Kollegen Siebold vom Zentralvorstand eine Beiprächung der eingereichten Forde-rungen mit den Firmenvertretern statt, die auch zu einem befriedigenden Ergebnis führte. In einer Versammlung, die am selben Abend stattfand, erstattete Siebold Bericht, aus dem zu entnehmen war, daß die Herren Firmenvertreter an-nehmbarere Angelegenheiten gemacht haben. Die Akkordsätze für Pflasterer, Dreher, Bohrer, Belader, Dreher-einleger und Zementarbeiter wurden in fast allen Positionen erhöht und auch die Stundenlöhne um 3 bzw. 5 Pfg. für alle Kategorien aufgebessert. Nach kurzer Debatte erklärten sich sämtliche Kollegen mit der Vereinbarung einverstanden. Es wurden dann die Kollegen Vogel, Lehmann und Lom-natich in die Schlichtungskommission gewählt. Kollege Wöbel wies dann auf den Wert der Organisation hin und ersuchte, nicht gleichgültig zu werden, denn jetzt gelte es, das Ertrungene auf-recht zu erhalten.

Langelshausen. Am 2. Juli fand im Lokal des Herrn Hein-rich Dittinger eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Genosse Schmidt aus Würzburg hielt ein 1 1/2stündiges Referat, welches mit größter Aufmerksamkeit angehört wurde. Er be-handelte die schlechten Arbeitsverhältnisse, das Verhalten der Arbeitgeber gegen die Arbeiter und auch die fortwährende Steige-rung der Nahrungsmittelpreise durch die indirekten Steuern. (Lebhafter Beifall.) Wir machen deshalb alle diejenigen Stein-arbeiter, welche noch nicht organisiert sind, darauf aufmerksam, unsern Verbande bald beizutreten. Wir haben Hoffnung, daß unsere Zahlstelle einen schönen Zuwachs erfahren wird.

Rauibronn. Gegenwärtig findet eine starke Abwanderung von Steinhauern aus den hiesigen Steinbrüchen statt. Die Ur-sache der Abwanderung sind die schlechten Löhne, welche trotz allem Schufsten bezahlt werden, im Durchschnitt 2-3.00 Mark, einige Paradedarbeiter ausgenommen. Daß eine Erhöhung der Löhne nur durch eine starke, geschlossene Arbeiterschaft erreicht werden kann, wird jedem Kollegen einleuchten, es ist deshalb Pflicht eines jeden Kollegen gegen sich selbst und seine Familie, daß er mit dazu beiträgt, besser Arbeitslöhne herbeizuführen, indem auch der letzte Mann sich dem Steinarbeiterverband an-schließt; dann wird auch die Zeit kommen, daß auch die hiesigen Steinbruchbesitzer gezwungen werden können, höhere Löhne zu bezahlen und den Steinarbeiterverband als einen Faktor zu betrachten, mit dem man rechnen muß. Den noch fernstehenden Kollegen aber gilt die Mahnung und der Ruf: Tretet ein in den Verband und wir werden in absehbarer Zeit Erfolge erzielen wie unsere Kollegen Brüben in Sulzfeld und Verdingen. Wollen wir uns von hiesigen Kollegen beschämen lassen? Nein und abermals nein, deshalb tue jeder seine Pflicht. Darum vorwärts!

Wülheim (Ruhr). Eine sehr gut besuchte Steinarbeiter-ver-sammlung fand am 26. Juni in unserm Vereinslokal statt. Zum Punkt 1 der Tagesordnung referierte Kollege Hermanns-Röhl über unsere Aufgaben und Ziele. Er schilderte in treffender Weise die kapitalistische Entwicklung. Weiter betonte er, wie es im Bergbau zugeht. Wie dort mit Menschenleben gespielt wird. Ueber 2 Millionen Arbeiter seien freigeorganisiert. Aber die Ar-beitgeber besser organisiert, weil sie von den Behörden anerkannt und unterstützt werden. Ferner betonte Kollege Her-manns, wie eine Arbeiterfamilie mit vier Köpfen mit 1000 M. Einkommen 80 Prozent seines sauer verdienten Einkommens für Lebensmittel bezahlen müsse, wie ein Reicher, der dieselbe Familie hat, bei 100 000 M. Einkommen für Lebensmittel nur 10 Prozent verstreut. Wir müssen alles daran setzen, die Kollegen in dem Bruch zu organisieren. (Lebhafter Beifall.) Im Punkt 2 der Tagesordnung wurde gerügt, daß einige die Bundes-verordnung außer acht lassen und mit dem Schlichtungsausschuss nicht so genau nehmen. Ein Kollege trat für Beitragserhöhung ein, um den durchreisenden Kollegen einen Zuschuß zu gewähren. Der Antrag fand Annahme.

Rundschau.

Arbeiterkollo. Am Sonnabend, den 8. Juli, ereignete sich in Demitz-Exhumitz bei der Firma E. G. Kunath ein größ-licher Unglücksfall. Die beiden Maurer Rittan und Meißner aus Neukirch waren damit beschäftigt, eine Kippkran Mauersteine neben einem Neubau, welcher zur Unterbringung eines elektrischen Motors dienen soll, auszufüttern. Da aber der Platz, wo die Mauersteine zu liegen kommen sollten, bedeutend tiefer war als das Gleise, wotauf die Vori stand, benutzten sie eine lange

Poste zum Falten, damit die Borte nicht unklar sein sollte. Dem heftigen Anprall vermochten sie aber nicht standhalten, und so wurden beide in die Höhe, über die Kippel hinweg, in die Mauer hineingeworfen, wo sie schwer verletzt liegen blieben. Die Bedauernswerten wurden in Siedewasser nach dem Bahnhof demüßig getragen, von wo aus sie nach dem Stadtkrankenhaus in Bautzen überführt werden sollten. Die Verletzungen waren jedoch so schwerer Natur, daß Kattan schon auf dem Wege nach dem Bahnhof verstarb und nur als Leiche nach Hause geschafft werden konnte. Meißner ist am andern Morgen im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Beide sind verheiratet und Familienmütter.

Marmorzufuhr. Die deutsche Steinindustrie hat im Vorjahre 2810 Tonnen (= etwa 2400 Eisenbahnwaggons) italienischen Marmor verarbeitet. Wir haben ein großes Interesse daran, daß die Marmorzufuhr möglichst billig aus Italien eingeführt werden könne. Es ergibt sich durch die Statistik, daß in Deutschland der Marmorverbrauch in den letzten Jahren sehr stark zugenommen hat.

1200 Kubikmeter Granitwerkstücke werden am 22. Juli für den Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelms-Kanals vergeben. Es handelt sich um Pfeilersockel für die Eisenbahn-Hochbrücke in Rembsburg. Es ist selbstverständlich zu erwarten, daß bei der Vergabe nur deutsche Firmen berücksichtigt werden. Auch die Arbeiter könnten es nicht verheßen, wenn so gewaltige Aufträge ins Ausland gingen. Die Mittel zu diesem Erweiterungsbau hat der Reichstag bewilligt, das Volk hat die Kosten aufzubringen, mithin ist es selbstverständlich, daß zum mindesten unsern eigenen Arbeitern Arbeitsgelegenheit gegeben ist.

Sie müssen lügen. Die christliche „Gewerkschaftsstimme“ merkt sehr häufig über unsern Verband und im Aufstellen falscher Behauptungen leistet sie geradezu Bewunderungswürdiges. Im genannten Blättchen — Nr. 27 — schreibt der Zentrums-Gewerkschaftsleiter Neumann folgendes: „Daß es Herrn Vohse unbecom ist, daß seine Meinung über die ungelerten Arbeiter in die Öffentlichkeit kam, können wir ihm nachfühlen, aber sie läßt sich jetzt nicht mehr mit Schimpfen auf den „frommen, christlichen Sekretär“ aus der Welt schaffen, und nicht derjenige liegt, der eine getane Neuerung rügt, sondern derjenige, der seine eigenen Worte ablenket. Unsere Jengen, zu denen Herr Vohse sagte, mit ungelerten Leuten machen wir uns nicht so viel Mühe, mit gelerten ist leichter etwas durchzuführen, werden Herrn Vohse das und event. noch andres bezugen. (1) Es müßte nach alledem im „Steinarbeiter“ nicht heißen: Christliche Verdrängungskunst, sondern sozialdemokratischer Schwindel. Dagegen bleibt unsere Ueberschrift wahr, daß es Arbeiterverrat im schärfsten Sinne des Wortes ist, wenn man, wie es von sozialdemokratischer Seite in Könnitz geschehen ist, im Verein mit Arbeitgeber, kämpfenden Arbeitern in den Rücken fällt.“

Was Herr Neumann anführt, ist total falsch. Jeder weiß, daß sich unser Verband der Hilfsarbeiter mit Nachdruck annimmt und es wird beinahe kein Tarif abgeschlossen, in dem nicht ihre Lohnsätze erhöht werden konnten. Kollege Vohse weiß ferner ganz genau, daß die Fixierung eines Tarifgerippes für Hilfsarbeiter bedeutend einfacher ist als wie für Steinmetzen. — Auf das Gewächs, wir wären in Könnitz kämpfenden christlichen Arbeitern in den Rücken gefallen, gehen wir erst gar nicht ein. Gerade deshalb, weil wir uns der niedrig entlohnenden Hilfsarbeiter so energisch annehmen, bekämpfen uns die christlichen Führer so scharf.

Auch der „Steinbildhauer“ kritisiert, daß auf der internationalen Hygieneausstellung in Dresden die Sandsteinindustrie nicht vertreten ist. Das Blatt schreibt in der Nr. 27: Eine Industrie ist so gut wie gar nicht vertreten, und das ist die Sandsteinindustrie, speziell die Kuppelsteine. Es ist immerhin etwas, wenn man selbst in Unternehmertreue einsteht, daß man sich mehr an solchen Ausstellungen beteiligen soll.

Eine Unverschämtheit. In der Dresdner internationalen Hygieneausstellung wird sehr anschaulich die große Gefahr des Alkoholenusses geschildert. Es ist nun auch ein Bild zu sehen, welches eine betrunkene obdachlose Gesellschaft darstellt. Die Leute kampieren in einem abgelegenen Hofraum und in einer Ecke desselben steht an einer Mauer zu lesen: „Wählt zu behalt!“ Der Zeichner hat hier der Sozialdemokratie eine ausweichende wollen. Die Ausstellungslitung mußte das Bild zurückweisen, so eine Beschimpfung zuzulassen ist einfach unverständlich. Gerade die Sozialdemokratie ist es, die in erster Linie den Kampf gegenüber dem Alkoholismus ausgenommen hat. — Wie wäre es gewesen mit einer Zeichnung, die darstellt die Schnapsjunker, mit der Ueberschrift: Das sind die Mit-schuldigen.

Lohnunterschiede bei Partiarbeit. Die Steinbrucharbeiter Karl Bannach, Martin Müller und Jgers arbeiteten als Affordpartie im Steinbruch in Kleinrinderfeld. Sie entnahmen bei der Lohnzahlung einige Male sogenannte Affordvorschuße zum Stundenlohn, teilten diese aber nicht zu gleichen Teilen, sondern zahlten dem Jgers, der noch etwas unbeholfener in der Arbeit war wie die ersten beiden, pro Woche 70 Pfg. bis 1.40 Ml. weniger, als sie für sich berechneten. Bannach und Müller hatten sich auf Grund dieses unbilligen Verhaltens wegen Unterschlagung zu verantworten. Sie wurden jedoch vom Schöffengericht freigesprochen, mit der Begründung: „Es sei bei gemeinsamen Affordarbeiten üblich, daß die Älteren und gewandteren Arbeiter für sich einen etwas höheren Lohn berechnen, als den andern.“

Das Urteil wird sicherlich in höherer Instanz umgeworfen. Wir möchten aber schon jetzt bemerken, daß es eine große Ungerechtigkeit ist, wenn dem nicht so tüchtigen Kollegen der Lohn von seinen eigenen Mitarbeitern gekürzt wird. Ein solches Verfahren ist nicht kollegialisch zu nennen.

Mittelalterliches aus Bayern. Das Polizeistrafgesetzbuch für das Königreich Bayern enthält folgenden wunderlichen Paragraphen, der tatsächlich noch in Kraft ist:

Handwerksgesellen, Gewerksgehilfen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter, welche den sogenannten blauen Montag feiern, werden an Geld bis zu 4 Mark oder mit Haft bis zu 8 Tagen bestraft. Die Bestimmungen sehen aus für höchstnützliche Ungehorsam oder Widerpenfigkeit gegen berechtigende Anordnungen oder Aufträge der Arbeitgeber oder deren Stellvertreter und gröbliche Verletzung der schuldigen Achtung die gleiche Bestrafung vor, ebenso wenn ohne genügenden Rechtfertigungsgrund zur bezeugenen Zeit nicht in Arbeit, oder vor Ablauf der bezeugenen Zeit aus der Arbeit getreten wird, oder eine Entziehung von der Arbeit an den dazu bestimmten Tagen oder Stunden erfolgt.

Als das Einführungs-gesetz für das bürgerliche Gesetzbuch im bayerischen Landtag beraten wurde, beantragten die Sozialdemokraten die Beseitigung dieses Wustes; die Bestimmung wurde aber beibehalten dank der „Liberalen“, die sich von einem solchen Ausnahme-gesetz gegen die Arbeiter nicht trennen wollten. Tatsächlich ist diese Bestimmung auch wiederholt angewandt worden. Jetzt beginnt es aber auch der bayerischen Regierung zu dämmern, daß die Aufrechterhaltung solch vorfindlicher Bestimmungen dem Staatswohl nicht gerade zur Ehre gereicht. Sie will den blauen-Montags-Paragraphen abschaffen, aber sie traut sich noch nicht recht. Borerst werden deshalb Erhebungen vorgenommen.

Soweit der blaue Montag in Betracht kommt, hat die Bestimmung ohnehin keine nennenswerte praktische Bedeutung mehr, da je diese Letzte in dem gleichen Maße verschwindet, als sich die Gewerkschaften ausbreiten. Über die übrigen Be-

stimmungen des Paragraphen, durch welche die Arbeiter unter eine Art Gesinde gestellt werden, sind so aufreißend, daß man sich eigentlich wundern muß, daß sie bisher geduldet ertragen wurden. Jetzt, wo die Festigung dieses entsetzlichen Gesetzesparagrafen der Arbeiterkraft in Bayern wieder in Erinnerung gebracht wurde, wird es wohl dafür sorgen, daß er endgültig weggesetzt wird, wenn auch die Umfrage der Regierung ergeben sollte, daß es noch Rückwärtler gibt, denen es eines solchen Gebanten die Zähne weheln.

775 000 Mark der Direktor — 700 Mark der Angestellte! Die Entlohnungsverhältnisse der Versicherungsgesellschaft Victoria haben schon wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt, da diese Firma ihren Angestellten erschreckend niedrige Gehälter zahlt. Auf diese Zustände wird man jetzt wieder aufmerksam gemacht durch den Hilfsruf eines Aktionärs, dem die Dividenden anstehend noch nicht hoch genug sind. Er sucht Dividendenfahrern in einem Inserate des Börsen-Kurier und bei dieser Gelegenheit erfährt die Öffentlichkeit einige recht interessante Zahlen. So bezieht der Direktor der Victoria, einschließl. Lantime, ein Gehalt von mehr als 775 000 Mark für seine jährliche Arbeitsleistung. Der Aufsichtsrat bekommt für seinen enormen Kraftaufwand 150 000 Mark, jedes Mitglied des Vorstands empfangt ebenfalls 150 000 Mark. „Es wäre kein uninteressantes Problem, festzustellen“, bemerkt hierzu der „Kaufmännische Angestellte“, „wie sich wohl hier das Verhältnis von Arbeitsleistung und Arbeitsbewertung stellt. Wichtiger aber ist der breiten Öffentlichkeit nun auch die Rehrseite der Medaille einmal zu zeigen. Die 34 Millionen Ueberflüss, an deren Erzielung doch auch die Angestellten ihr Teil mitgewirkt haben dürften, hindern die Gesellschaft nicht daran, ihren Angestellten derartig niedrige Löhne zu zahlen, daß sie allen Grund hat, die Öffentlichkeit darüber im unklaren zu lassen. So verbot sie denn a. B. den Angestellten, Fragebogen auszufüllen, die zur Ermittlung der Arbeitsverhältnisse dienen sollten. Löhne von 700 Mark sind keine Seltenheit; sie aufrecht zu erhalten, hat die Gesellschaft ein ebenso einfaches, wie probates Mittel gefunden: sie verpflichtet ihre Angestellten zur unzeitwilligen Ehelosigkeit. Wer heiraten will, bedarf der obrigkeitlichen Genehmigung und erhält diese nur bei Erreichung einer bestimmten Gehaltsstufe. Falls er vorher die Ehe eingeht, wird ihm von dem vorher erwähnten Generaldirektor sofort gekündigt. Dabei werden die Gehälter so niedrig gehalten, daß es oft jahrzehntelanger Tätigkeit im Dienste der Gesellschaft bedarf, um vielleicht die Stufe zu erreichen, in der die Ehe keine Sünde mehr ist. So achtet eine der größten Versicherungsgesellschaften die Persönlichkeitsrechte ihrer Angestellten.“ — Die Arbeiter werden sich nun endlich aufraffen und aus eigener Kraft eine Hoffversicherung ins Leben rufen. Jedenfalls herrschen dann in einem solchen Institute für die Arbeiter bessere Verhältnisse, und die aus Arbeiterkreisen stammenden rund 150 Millionen Mark jährlicher Ueberflüsse der Direktoren und Aktionäre solcher Gesellschaften können dann obendrein auch noch gespart werden.

Das Urteil eines katholischen Geistlichen über den Steinbrucharbeiterverband. Vor einigen Wochen bemühte sich der Zentrumsadvokat Heribert Buchner, in Obdenkitten der Bevölkerung die Zentrumsmeisheit einzuträufeln. Der Erfolg war negativ. Die vom Zentrum so lange genutzte Bevölkerung des Bayerischen Waldes will nicht mehr recht parieren. U. a. mißte sich der Herr Rechtsanwalt, den freien Organisations eins anzuhängen, um den anwesenden Vätern grüßlich zu machen. Ein schlichter Steinarbeiter widerlegte unter dem Beifall der Anwesenden die unwahren Behauptungen des Zentrumsredners. Die mußte es aber diesem erst werden, als der Ortspfarrer, Herr Peter Gallus, in der Diskussion erklärte, daß durch die freie Organisation in seinem Orte (dem Steinbrucharbeiterverband) nur Ordnung geschaffen worden sei und daß er durchaus keinen Unterschied merke bei der Religionsausübung zwischen den „christlichen“ und den freien Organisierten. Vater Gallus hat damit so nur die Wahrheit ausgesprochen, die so viele Zentrumsadvokaten in das Gegenteil zu verstehen wissen.

Quittung.
Eingegangene Gelder vom 3. bis mit 8. Juli 1911.
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)
Marktbreit, K. 6.75, Perford, B. 50.—, M. 1.40, Erfurt, B. 193.—, Ebersbach i. S., B. 184.36, Stawitzel, B. 84.—, E. 50.—, K. 5.—, Brüg, Ab. 1.20, Wilmshausen, Ins. 3.60, Mittelfeine, Ins. 8.40, Jena, Ins. 2.40, Selpke, B. 3.—, Pard am Bodensee, B. 7.—, Pippstadt, B. 3.60, Windischehenbach, B. 2.40, Reichertshofen, B. 5.—, Rotenburg, B. 3.60, Berding, B. 6.50, Menckten, B. 6.05, Bromberg, B. 3.10, Stendal, B. 13.—, Branlan, B. 1.20, Sebnitz, Div. 137.80, Stambacherbad, B. 81.—, Berlin, B. 1000.—, K. 262.10, Degehn, B. 160.80, E. 2.—, K. 1.50, Dietzenhan, B. 14.61, Ebersbach i. S., B. 3.40, E. 6.50, K. 12.60, Gardheim, B. 66.—, E. 1.—, K. 8.—, Pilsch, B. 745.52, E. 7.50, K. 1.20, Söppingen, B. 42.—, Kreugnach, B. 29.40, E. 1.—, Söbejan, B. 40.10, E. 3.50, K. 0.15, Leipzig, B. 425.—, K. 52.—, M. 2.—, Oerrenhain, B. 50.43, E. 3.—, M. 2.90, Pforzheim, K. 3.—, Sprösshain, B. 60.50, K. 14.75, Ströbel, B. 416.94, E. 2.50, K. 17.60, Wellerode, B. 102.60, E. 4.—, K. 1.20, Wenig-Radowitz, B. 102.—, E. 50.—, K. 11.50, Schwarzenbach, B. 300.—, K. 15.—, Königshain-Arnsdorf, B. 254.79, E. 10.—, K. 37.40, Söbejan, B. 210.90, K. 19.80, M. 40.—, Raiferhammer, B. 28.10, K. 30.—, Königslutter, B. 10.11, E. 3.—, K. 5.90, M. 1.—, Hamburg II, B. 133.50, E. 13.75, M. 3.35, Götze, B. 43.50, Graulshain, B. 143.50, E. 50.—, K. 7.80, Bamberg, B. 84.—, K. 1.80, Neudorf, B. 1643.—, K. 47.30, Ins. 3.60, Benthon, Ins. 2.50, Ruffring, B. 16.20, Stargard, B. 3.10, Straßburg, B. 12.—, Pölzig, B. 3.60, Brudmühl, B. 126.—, E. 7.50, Graulshain, B. 35.—, E. 25.—, Sölich, E. 10.—, K. 20.—, Königshain-Arnsdorf, B. 92.25, Raiferhammer, B. 133.40, E. 50.—, K. 30.—, Mannheim, B. 540.—, E. 7.50, K. 16.50, Ohsenfurt, B. 201.02, E. 4.—, K. 11.80, Striegau, B. 5293.24, E. 36.50, K. 67.50, Stuttgart, B. 86.10, E. 0.50, K. 9.00, M. 5.—, Stettin, B. 217.—, K. 9.30, Mainz, B. 200.—, Bülow, B. 119.82, E. 50.—, K. 30.—, Alparthau I, B. 155.50, Merseburg, B. 6.—, Laucha, B. 3.—, Schönbach, B. 12.—, Dörpe, B. 4.50, Brannschweig, B. 137.75, K. 3.40, Darmstadt, B. 48.30, E. 11.50, Hasserode, B. 240.—, Mittelfeine, B. 497.50, E. 4.—, K. 18.60, Nürnberg, B. 1000.—, Bitten, B. 20.—, Althaus, B. 13.67, K. 4.85.

Widwig Geiß, Kassierer.
Selbstsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Widwig Geiß, Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist. D. O.

Allgemeine Bekanntmachungen.
Saulentung Berlin. Vom 8. Juli bis 12. August sind alle Zuschriften für die Saulentung an D. Hauschke, Berlin N 20, Koloniestraße 11, zu adressieren. Innungsangelegenheiten während dieser Zeit wolle man an Karl Kleinert, Berlin N 65, Seefstraße 70, richten.
Kassierscheiben. Die Kollegen Hugo Dewele, Buchnummer 27406 aus Hannover und Friedr. Prell aus Schwarzenbach mögen uns ihre Adresse übermitteln.
Th. Wenth, Kassierer.
Münster. Der Steinmetz Johann Dzikowski, geboren am 20. Oktober 1890 zu Schönan, Verbandsnummer 13696, wird an seine Berufung unserer Jahrestelle gegenwärtig ersichtlich erinnert. Auch wird um Angabe seiner Adresse gebeten.
Joh. Lumbriak, Kassierer, Sophienstr. 12.

Stegeler. Der Steinmetz Georg Bräun wird ersucht, sich seiner Familie zu erinnern.
Die Ortsverwaltung.

In Münster wurde wegen Streikbruchs der Steinmetz Joseph Westhues ausgeschlossen.
Der Schlichter Joh. Böhm, zurzeit in Spärned, ist wegen Streikbruch ausgeschlossen. (Verbandsnummer 33355.)

Adressen-Änderungen.
Blantenburg a. S. Borj.: Karl Haasper, Plantagenstraße 8.
Dreslau. Kass.: Anton Jeser, Fürstenstraße 73.
Dessau. Borj. u. Kass.: August Wegener, Amalienstr. 11.
Duisburg. Borj.: Schaffarz, Waldstraße 87.
Hof. Borj.: Karer Senft, Bachstraße 11.
Heidelberg. Borj.: Georg Glück, Lutherstraße 23, III.
Miel. Borj.: Joseph Krüninger, Kugelweg 88a.
Königsbrunn. Borj.: Erwin Jässel, Schloßstraße 13.
Königsbrunn. Kass.: Robert Korn, Rabaustraße 8, IV.
Treu. Borj.: Adolf Kastellig, Schreiersgrün.

Neue Zahlstellen.
Rottenheim (7. Gau). Borj.: Simon Haupt, v. d. Lauenstraße. Kass.: Peter Mohr, Sittlinger Str. 2.
Rieden (D. Amt Hall, Post Stbersfeld) (9. Gau.) Borj.: Georg Federer.

Berlin.
Sonnabend, den 22. Juli, im Moabiter Wintergarten (Artushof), Perleberger Str. 26 u. Stendaler Str. 18
Grosses Sommerfest
bestehend in
Konzert o. Spezialitäten o. Ball.
Volksbelustigungen aller Art für Kinder und Erwachsene. o. Kaffeeküche.
Beginn des Konzertes 4 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung findet das Fest in den äusserst geräumigen Sälen statt. — Bahnverbindung: Elektrische Linien 3, 5, 7, 8, 12, 15, 16, 19, 23, 24; Auto-Omnibus-Linie 11; Stadt- und Ringbahn, Bahnhof Putzplatzstrasse.
Eintrittskarten, für Herren 50 Pfg., für Damen 30 Pfg., sind zu haben bei den Platzverwaltern und in den Zahlstellen.
Um rege Beteiligung bittet
Das Vergnügungskomitee.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort!

Schürzen
Hausmädchen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenhose in allen Breiten, Ladets, Leder- und Wachsleinen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Tüchtiger Dreher
auf Sandstein wird sofort aufgenommen.
L. Rosenthal, Benthon (Oberschlesien).

Tüchtige, berufsmässige Pflastersteinschläger und Bossierer
bei hohem Affordlohn und dauernder Arbeit sofort gesucht. Zu melden bei Bruchmeister Hensel, Granitwerk Seidau bei Bautzen.
Robert Bernat söhne.

Mehrere tüchtige Steinbauer
finden bei sofortigem Antritt dauernde Beschäftigung.
Ghent- u. Granitwerk vorm. Herz & Co., G. m. b. H. Gross-Bieberau (Odenwald).

8 bis 10 Granitsteinmetzen
sodort gesucht. Arbeit dauernd. □ m Rot 16.—, □ m Schwarz 17.75 Ml. Geschirre und Schärfe frei.
Wilh. Lüders Granitwerke, Hofstod.

Gestorben.
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntniss (eingel.) sind.)
In Dürheim am 26. Juni der Kollege Jakob Maurer, 50 Jahre alt, an Tuberkulose.
In Erlangen am 2. Juli der Kollege Johann Altmann, 24 Jahre alt, an einer Verletzung.
In Gommern am 13. Juni der Kollege Albert Wasselewsky an Gehirnverletzung.
In Löwenberg (Schlesien) am 4. Juni der Kollege Hermann Krause, 48 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In München am 1. Juli der Kollege Friedrich Gaus, 28 Jahre alt, infolge Selbstmords.
In Rottenburg a. Tauber am 3. Juli der Kollege Georg Böttcher, 26 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.
In Strassburg (Elsass) am 28. Juni der Kollege Emil Roth, 32 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ernteaussichten — Roggenmarkt — Die Reichsbank am Halbjahresabschluss — Kohlenproduktion und Außenhandel.

Ueber die Lage des Getreidemarktes sind neuerdings häufiger als sonst Betrachtungen in der Presse angestellt worden. Im allgemeinen hält man die Ernteaussichten durch die stärkeren Niederschläge der letzten Wochen für verbessert. Aber die Nachrichten aus den verschiedenen Teilen Deutschlands und aus den wichtigsten außerdeutschen Ländern lauten immerhin noch derart widerspruchsvoll, daß die Berliner Börse in den ersten Julitagen sogar die Preise nicht unbedeutend erhöhen konnte. Augenblicklich notiert Weizen 209 bis 211 Mark, Roggen etwas über 178 Mark pro Tonne. Dies stellt selbst dann eine ganz stattliche Höhe dar, wenn man berücksichtigt, daß kurz vor dem Herauskommen der neuen Erntemassen die Vorratsknappheit gewöhnlich nicht ganz normale Preise erzeugt, die absondern den Gipfelpunkt der ganzen Jahrespreisbewegung darstellen.

Der jüngste Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsvereins, den man vorläufig an Stelle der langsamer und in größeren Zeitabständen berichtenden amtlichen Schätzungen benutzen muß, konstatierte zwar gleichfalls weitere Fortschritte in der Entwicklung der Feldfrüchte, aber er bezeichnete für Nord- und Mitteldeutschland die Regenmenge noch immer als nicht ausreichend und als nicht genügend durchdringend. Am fühlbarsten habe sich der Winterweizen gebessert, weniger schon der Winterroggen, und am meisten lasse das gesamte Sommergetreide zu wünschen übrig: für Oester-Öttenne man bereits fast mit Sicherheit eine „teilweise knappe“ Ernte voraussetzen. Dem stehen allerdings sehr befriedigende Nachrichten aus Frankreich, das im ablaufenden Erntejahr außerordentlich stark importieren mußte, und aus Rumänien gegenüber. Für Rußland wird vor allem der Stand des Sommerweizens und der Gerste als recht gut geschilbert. Kanada erwartet eine Rekorderte, und in der nordamerikanischen Union scheinen die Bitterungsschäden, die Süd-Dalota getroffen haben, wenig zu bedeuten gegen den sonst fast allortorts zu konstataierenden guten Felderstand.

Als geradezu abnorm darf man für die letzten Monate die Erscheinungen auf dem deutschen Roggenmarkt bezeichnen. Zu der starken Anstiege deutschen Roggens, wie sie durch das Einfuhrverbot erleichtert ist, gesellte sich eine außerordentlich vermehrte Nachfrage, hervorgerufen durch eine spärliche Kartoffelernte und durch eine relative Teuerung der Futtermittel; gerade im Ausland soll Roggen viel an Stelle von Gerste zu Futterzwecken verwendet worden sein. Umgekehrt war die Roggeneinfuhr bisher schwach, obwohl Rußland über beträchtliche Vorräte aus alter Ernte verfügen konnte. Manche Mühlen haben, da sie deutschen Roggen — zum Teil auch wegen des niedrigen Wasserstands auf der Elbe und andern Flüssen — nicht genügend heranschaffen konnten und auf die unvermischte Vermahlung von russischem Roggen nicht eingerichtet sind, zeitweise ihre Tätigkeit unterbrochen.

Ein anderer wirtschaftlicher Vorgang, dem man diesmal mit besonderer Spannung entgegensehen durfte, war der Halbjahresabschluss der Reichsbank. War dabei die Wirkung der unlängst hier dargelegten Vermögensmaßnahmen bereits deutlich erkennbar? Und wenn die Geschäftswelt ihre Lombardkredite in der Tat einschränkte, hat sie sich vielleicht in anderer Weise und auf einem andern Gebiete zu helfen gesucht?

Der Leser erinnert sich, daß die übernehmenden Lombardkredite in der Zeit des Quartalswechsels durch einen Zinszuschlag von zehn Tagen eingedämmt werden sollten. Dies ist vorläufig in überraschender Weise gelungen: das Lombardkonto ist diesmal geradezu nur in winziger Weise in Anspruch genommen worden. Ende der letzten Juniwoche stellten sich nämlich bei der Reichsbank die Lombardsummen beziehungsweise die Mehrumlombardierungen gegenüber der Vorwoche in Millionen Mark:

| | Lombardkonto am 30. Juni | Zuwachs durch die letzte Juniwoche |
|------|--------------------------|------------------------------------|
| 1908 | 164,1 | + 100,5 |
| 1909 | 208,3 | + 124,1 |
| 1910 | 255,8 | + 180,0 |
| 1911 | 74,0 | + 19,1 |

Sowohl die Gesamtsumme dieser Kreditentnahme wie die Verschiebung während der letzten angespannten Quartalswoche sind demnach gewaltig zusammengeschrumpft; die Geldnehmer haben es nach Möglichkeit vermieden, in der kritischen Zeit Lombardschuldner der Reichsbank zu werden — ein erneuter Beweis, wie sehr man in diesen Kreisen mit jeder kleinsten Schwankung der Zinsenlast rechnet.

Aber andererseits beweist der am 30. Juni abgeschlossene Status unserer großen Zentralnotenbank, wie beweglich diese Geschäftswelt andre Wege zu dem gleichen Ziele einzuschlagen versteht. Denn umgekehrt finden wir beim Wechselkonto eine Gesamtsumme am Juniabschluss beziehungsweise eine Erhöhung während der letzten Juniwoche (abermals in Millionen Mark):

| | Wechselkonto am 30. Juni | Zuwachs durch die letzte Juniwoche |
|------|--------------------------|------------------------------------|
| 1908 | 1 127,1 | + 225,0 |
| 1909 | 1 180,5 | + 209,3 |
| 1910 | 1 187,8 | + 350,9 |
| 1911 | 1 355,4 | + 481,8 |

Wenn es demnach auch gelang, die plötzlichen Mehrumlombardierungen, die gewöhnlich die letzte Halbjahreswoche brachte, von 180 auf etwas über 19 Millionen Mark herabzubringen, so wurden dafür statt knapp 351 fast 482 Millionen Mark Wechsel mehr zur Diskontierung eingereicht. Die Wechselanfrage wurde dadurch so enorm hoch, daß sie alle zeitlich entsprechenden Vorkurszahlen, sogar die vom Erstjahr 1907 mit seiner beängstigenden Banknotensprache, übertrifft; damals betrug sie am 30. Juni nur 1315 Millionen Mark, diesmal, wie erwähnt, über 1355 Millionen Mark.

Wenn trotzdem die Reichsbank nicht gar so tief in die Steuerpflicht hineingeglitten ist (mit etwas über 28 Millionen Mark steuerpflichtiger Noten am 30. Juni), so rührt dies lediglich daher, daß am Halbjahresabschluss vom erstenmal, in Folge der neuen gesetzlichen Reichsbankregelung, ein ungedeckter steuerfreier Notenumlauf von nicht weniger als 750 Millionen Mark zugrunde gelegt werden konnte, während noch im Vorjahre nur 472,8 Millionen Mark ungedeckter (den Vorrat übersteigender) Noten steuerfrei in Umlauf gegeben werden durften. Würde noch das alte Bankgesetz gegolten haben, so hätte man diesmal vor 305 Millionen Mark umlaufender steuerpflichtiger Noten gestanden, gegen 352 Millionen Ende Juni 1910, 308 Millionen Mark in 1909 und 330 Millionen Mark in 1907. Die Bemühungen, die Bankspannung zu mildern, sind deshalb bisher eigentlich nur von Scheinerfolgen begleitet gewesen.

Nach der kürzlich veröffentlichten deutschen Kohlenstatistik ergaben sich seit Beginn des Jahres bis Ende Mai folgende Ziffern für die Gewinnung, die Ein- und Ausfuhr sowie den Verbrauch (ohne Berücksichtigung der genau nicht feststellbaren Vorräte):

| (in 1000 Tonnen) | Produktion | Einfuhr | Ausfuhr | Verbrauch | | | | |
|------------------|------------|---------|---------|-----------|--------|-------|--------|--------|
| | 1911 | 1910 | 1911 | 1910 | | | | |
| Rohle | 66,335 | 60,782 | 4,142 | 3,952 | 10,712 | 8,895 | 59,765 | 55,839 |
| Koks | 10,525 | 9,490 | 0,249 | 0,253 | 1,779 | 1,611 | 8,995 | 8,132 |
| Braunk. | 30,002 | 26,959 | 3,026 | 3,046 | 0,024 | 0,025 | 33,004 | 29,980 |
| Britteits | 8,718 | 7,567 | 0,096 | 0,091 | 0,869 | 0,714 | 7,945 | 6,944 |

Die Steinkohlenproduktion des Mai (13,88 Millionen Tonnen) stellte nächst derjenigen vom letzten März (14,0 Millionen Tonnen) die höchste bis jetzt dagewesene Monatsziffer dar. Falls die Lager nicht abnorm zugenommen haben, so wäre die deutsche Verbrauchsvermehrung eine überaus stattliche. Sehr zweifelhaft ist jedoch das stetige, mitunter sogar sprunghafte Wachstum des Ausfuhrüberschusses (des Mehr an Ausfuhr gegenüber der Einfuhr). Vom 1. Januar bis Ende Mai übertrug die Steinkohlausfuhr die entsprechende vorjährige um 1,82 Millionen Tonnen, die Einfuhr hingegen gleichzeitig nur um 0,19 Millionen Tonnen, so daß der Ausfuhrüberschuß um 1,63 Millionen Tonnen anstiege. Gewachsen ist die Ausfuhr namentlich nach Belgien und den Niederlanden, Frankreich und Oesterreich-Ungarn.

Berlin, 13. Juli 1911.

Max Schippel.

Fluktuation.

Die moderne Gewerkschaftsbewegung steht unstreitig wieder im Zeichen eines erneuten Aufschwungs. Der teilweise Mitgliederzuwachs während der letzten wirtschaftlichen Krise ist schon längst ausgeglichen und fast überall zeigt sich der erneute Aufstieg in der Steigerung der Auflage der Gewerkschaftsblätter, welches Faktum als sicherer Maßstab für das weitere erfreuliche Umsichgreifen des proletarischen Organisationsgedankens gelten kann.

Es geht wieder vorwärts, immerhin aber nicht so wie es von jedem guten Freunde des Fortschritts gewünscht wird. Die Ziffer der organisierten Arbeiter als Ganzes steigt, jedoch gleicht dieser Aufstieg leider der berühmten Schiernacher Springsprozel-

tion: drei Schritte vorwärts, zwei Schritte zurück. Der drüben wir das Aufsteigen in profanen Zahlen aus:

$$8 + 3 = 11 - 2 = 9.$$

Der Aufstieg der Gewerkschaften als Ganzes besteht zwar in Permanenz, gleicht jedoch im einzelnen einem Auf- und Abfluten, wobei die vorwärts drängende Woge stärker als die zurückflutende ist. Ein starkes Meer, das mit immer stärkerem Wogendrange das kapitalistische Festland mehr und mehr überflutet. Nichtern ausgedrückt nennt man in der Gewerkschaftsbewegung diesen Zustand Fluktuation, das Wellen und Schwanen der Bewegung, hervorgerufen durch Beitritt und Fahnenflucht, wobei allerdings der erstere die letztere überwiegt. Die Fluktuation ist eine ebenso alte wie bedauerliche Erscheinung in der Geschichte der Gewerkschaften. Jede Gewerkschaft ist ihr mehr oder weniger unterworfen. Und die verschiedensten Mittel sind schon empfohlen und angewandt worden, um diesen schädlichen Zustand zu beseitigen oder wenigstens abzumildern.

Bei der Einführung und dem Ausbau der verschiedenen Unterstützungseinrichtungen innerhalb der Gewerkschaften war und ist ein Hauptargument der Befürworter dieser Einrichtungen stets der Hinweis darauf, daß dadurch auch die Fluktuation beherrscht werden könne. Wenn man den Mitgliedern in den verschiedensten Notlagen materielle Vorteile bietet, dann sei Aussicht vorhanden, sie dauernd an die Organisation zu fesseln, was wiederum von günstigem Einfluß sei auf die Lohnbewegungen, die die Entfaltung aller Kräfte auf möglichst breiter Grundlage erfordern.

Diese Argumentation hat viel Wahres in sich. Es kann auch ohne weiteres zugegeben werden, daß durch die Einführung der verschiedenen Unterstützungseinrichtungen innerhalb der Gewerkschaften der Fluktuation wenn auch in noch immer unvollkommener Weise Einhalt geboten worden ist und daß dadurch die Kampffähigkeit sich verbessert hat. Zugleich aber muß auch als feststehend betrachtet werden, daß der bedauerliche Zustand, wenn auch in vermindelter Form, noch in jeder Gewerkschaft mehr oder weniger vorhanden ist. Wie ist nun das Leben und was ist die Ursache dieser Fluktuation und welche Mittel sind außer dem schon genannten am besten geeignet, sie immer mehr und mehr auf ein Minimum zu reduzieren?

Wir beobachten bei inszenierten Lohnbewegungen stets einen stärkeren Zustrom zur Gewerkschaft. Bei solchen Gelegenheiten sind auch die Versammlungen stets besser besucht als in ruhigen Zeiten. Es kommen dann nicht nur die, die von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung voll überzeugt sind und planvoll und zielstrebig für ihre Organisation streben, sondern auch Leute, die in dieser Richtung erst wenig aufgeklärt sind, aber erfahren haben, daß „etwas los“ sei und durch die Bewegung ein höherer Lohn erreicht werden könne. So etwas wirkt auch auf diese Leute anziehend, sie werden mit in die Bewegung gerissen und gerade sie sind es auch dann in der Regel, die dabei die radikalsten Forderungen vertreten, obwohl sie bisher für den Kampffonds so gut wie nichts aufgebracht haben. Ist aber die Bewegung zu Ende, dann flaut auch nach und nach das weitere Interesse an der Organisation ab. Entweder man hat den höheren Lohn durchgesetzt und sich bald an den neuen Zustand der Dinge gewöhnt und der monotone Gleichklang des Tages schlafert die Gemüter wieder ein, oder die Bewegung ist ergebnislos verlaufen, womit für diese Mitläufer der „unwiderlegliche“ Beweis erbracht erscheint, daß „alles nichts nützt“. Das Interesse für die Gewerkschaft erlahmt bald, die prompte Beitragszahlung läßt nach, und bald muß wieder ein Teil der soeben gewonnenen Mitglieder von der Liste gestrichen werden.

Bei der Agitation liegt es ähnlich. Der Referent erscheint, nachdem seine Zuhörer unter oft großem Aufwand von Opfern zusammengetrommelt sind, und hält einen Vortrag über die Notwendigkeit der Organisation. Er erweckt mit seiner Rede Begeisterung und oft melden sofort Dutzende ihren Beitritt zur Organisation an. Nach einigen Wochen oder Monaten jedoch läßt das Interesse nach, das Beitragszahlen werden als lästig empfunden und wieder muß ein Teil von der Mitgliederliste gestrichen werden.

In beiden Fällen gehen allerdings die gewonnenen Mitglieder nicht reiflos verloren. Ein Teil bleibt, überzeugt sich nach und nach von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, rückt in den festen Mitgliederbestand an und verstärkt damit den stabilen Teil der Gewerkschaft. Das ist der Ueberrest aus Bewegung und Agitation, der wirkliche Gewinn an Mitgliedern, der fast alljährlich in den Abrechnungen der Verbände festgestellt wird und das Wachstum der Organisation illustriert.

Zur Sebung der Mitgliederzahlen und Bekämpfung der Fluktuation ist eben fortgesetzte Agitation nötig. Die Unterstützungseinrichtungen tun dabei ein übriges und der eigentliche

Dem Gode verfallen.*

Stephan Balmaschew kam des Morgens gegen 10 Uhr nach Schlüsselburg und wurde in der Kanzlei untergebracht. Er blieb fest und ruhig. Als er auf dem Wege in die Kanzlei das neue Gefängnis erblickte, schwenkte er seinen Hut. Tagsüber trank er Tee und aß zu Mittag. Abends wurde er in das alte Gefängnis übergeführt und in einer Zelle untergebracht. In einer andern Zelle, in seiner Nähe, saß bereits hinter Schloß und Riegel der Penker.

„Vergessen Sie nicht, mich zu wecken, wenns Zeit ist,“ sagte Balmaschew lächelnd zu dem wachhabenden Gendarmen und legte sich schlafen.

Gegen 4 Uhr morgens kam der Staatsanwalt mit seinem „Gefolge“ in Balmaschews Zelle. Balmaschew schlief, und es dauerte geraume Zeit, bis man ihn aufzuwecken vermochte. Endlich öffnete er die Augen und fragte ärgerlich:

„Was denn, was wollen Sie?“

„Sind Sie der und der?“

„Jawohl!“

„Ist Ihnen bekannt, daß Sie durch das Petersburger Kriegsgericht zum Tode verurteilt sind?“

„Ja!“

„Das Urteil ist in Kraft getreten und wird sofort vollzogen werden.“

* Aus der Zeitschrift In Freien Stunden — Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Dieselbe veröffentlicht in dem soeben beginnenden neuen Bande außer dem Hauptroman Oliver Twist von Charles Dickens die Aufzeichnungen des russischen Revolutionärs Gregor Gerschunt über seine Erlebnisse.

Der größte Teil dieser Aufzeichnungen führt uns „jenseits des Lebens“ — in die Gefängnisse des Zaren — u. a. nach der berühmten Schlüsselburg — wo die Opfer einer grausamen, halbasiatischen Regierungspolitik für ihre edlen Bestrebungen büßen.

Eine Skizze mag unsern Lesern die fesselnde Art der Schilderung zeigen.

Die Zeitschrift In Freien Stunden ist zum Preise von 10 Pfg. pro Heft durch alle Buchhandlungen, Expediteure und Kolporteurs zu beziehen. Probehefte auf Verlangen kostenlos.

„A! so, nun gut, nun gut.“
Er legte den Kopf wieder aufs Kissen, schloß die Augen und schien von neuem einzuschlafen. Er wurde wieder aufgeweckt.

„Stehen Sie doch auf! Es ist alles bereit.“

„Nun gut, nun gut. Sofort!“

Er legte sich wieder zurück und wiederholte das ein paar mal. Endlich erhob er sich und sagte lächelnd:

„Also aufstehen? Alles ist fertig? Nun gut, dann stehen wir eben auf.“

Er sah sich in der Zelle um. Vor ihm stand der Staatsanwalt in Paradeuniform, als Vertreter des Gesetzes. Neben ihm der Vollstrecker des Gesetzes, der Penker Philippew. Der Penker ganz in rot: eine rote Mütze, die Bluse rot, die Hosen rot. In der einen Hand die Schnur, in der andern die Karbatsche. Ein tierisches, graues Gesicht, aufgedunsen, mit trübem, blutunterlaufenen Augen. Er geht ganz dicht an das Opfer heran, schwenkt die Karbatsche über den Kopf des Verurteilten und brüllt: „Die Hände auf den Rücken. Beim geringsten Widerstand schlage ich.“

Die Hände werden mit der Schnur zusammengeknüpft und die Projektion begibt sich ans der Zelle in den kleinen Hof zwischen der Festungsmauer und dem alten Gefängnis beim Johannesturm. Dort ist schon „alles bereit“. Ein Schafott, daneben ein Hoch und eine schwarze Sargkiste. Der kleine Hof ist mit Gendarmen und höheren Beamten gefüllt. Balmaschew wird aufs Schafott geführt. Der Gerichtsskretär verliest das Urteil. Auf das Schafott steigt der Gefesselte mit dem Kreuz. Balmaschew weist ihm sanft zurück: „Ich bin zum Tode bereit, Väterchen, aber ich möchte nicht noch vor dem Tode heulen!“

Den Platz des Gottesdieners übernimmt der Zarenbiener — der Penker. Balmaschew steht ganz gerade und ruhig da, mit seinem ewigen halb traurigen, halb ironischen Lächeln.

Der Penker zieht ihm die Kapuze des Totenhelmes über den Kopf, dann die Schlinge. Mit einem Schritt entfernt er das Brett, der Körper fällt schwer hinab. Ein dumpfes Stöhnen. Die Schnur spannt sich und knirscht. Der Körper zuckt konvulsiv. Die Fäße stützen sich gegen das Gerüst, der Tod kommt langsam. Der Penker greift den Körper fest mit beiden Armen, umschlingt ihn und zieht ihn hinunter. Schreden überkommt die Anwesenden. Widerlich, schrecklich ist ihnen zumute, sie schämen sich. Ein früher Herbstmorgen. Die Sonne ist ge-

rade aufgestiegen und ihre ersten goldigen Strahlen spiegeln sich in den Querbalken des Galgens. Ringsumher frisches, grünes Gras. Die Vögel zwitschern lustig, vom See herüber tönen Mönchschreie. Und Menschen in Uniformen, Adlerwappen auf jedem Knopf, stehen mit gesenkten Augen, blaß, erregt und bister umher und warten, bis der Leib, der dort in ein Totenhemd eingeschüllt an einem Strick hängt, zu zittern aufhört. Sie warten lange, unendlich lange, fast eine halbe Stunde.

Der Penker nimmt den Leichnam wieder in seine Arme, schneidet die Schnur ab und legt den Körper auf das Gerüst nieder. Der Arzt tritt hinzu und untersucht das Herz, es ist alles in Ordnung, das Herz schlägt nicht mehr. Der Leichnam wird in die Kiste gelegt, mit Kalk überschüttet, dann kommt der Deckel darauf. Hammerschläge durchschneiden unheilvollendend die Morgenluft: ein Grabdeckel wird genagelt. Die Kiste wird in das Loch versenkt, das man neben dem Schafott gegraben hat, dann wird die ausgegrabene Erde von neuem aufgeworfen, glatt gemacht und langsam gehen die Leute auseinander, ohne daß einer wagt, den andern anzusehen.

Das Zarengericht ist vollzogen.

Das Gefängnis schlief an diesem frühen Morgen nicht. Man hatte bemerkt, wie Stephan Balmaschew in die Festung gebracht wurde. Ebenso war den Gefangenen nicht entgangen, daß auf dem Hof des alten Gefängnisses etwas aus Brettern gebaut wurde.

Ein Schafott wird errichtet, durchfuhr es alle.

Die ganze Nacht standen die Gefangenen an ihren verrotteten Fenstern. Sie sahen die Beamten am Morgen in das alte Gefängnis hinübergehen. Eine Stunde später kam der alte Gefesselte in das Kirchgärtlein beim alten Gefängnis. Gebückt, verfallen, kaum imstande, seine Beine zu bewegen, ließ er sich hilflos auf eine Bank fallen, dann senkte er den Kopf in beide Hände, die Arme auf die Knie gestützt. Bald darauf fing Antonows scharfes Ohr einen entfernten Ton auf. Der erfahrene Schmiebs unterschied Hammerschläge auf einen eisernen Nagel und den Gefangenen wurde alles klar. — — —

Genau drei Jahre später kam eine zweite Hinrichtung: J. P. Kalkaew. Ueber seine Hinrichtung ist viel geschrieben worden und im allgemeinen richtig. Als Penker fungierte der gleiche Philippew. Nach der Beschreibung der Gendarmen war er ein seltsames Geschöpf. Philippew war einmal Offizier, beging ein ungläublich widerliches Verbrechen, wurde zum Tode verurteilt

Werkpunkt der gewerkschaftlichen Bewegung, der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen darf gleichfalls unter keinen Umständen vernachlässigt werden. Hierfür tritt auch jede echte gewerkschaftliche Organisation ein und diesen drei Faktoren ist es zu verdanken, daß die Ziffern der Gewerkschaftsmitglieder steigen und die Fluktuation mehr und mehr beherrscht wird. Das vornehmste und bestwirkende Mittel unter den drei genannten bildet jedoch unter allen Umständen das erste genannte, die Agitation, und zwar nicht nur die mündliche, sondern auch die schriftliche.

Wenn Arbeiter in der Gewerkschaftsbewegung unsichere Kanonisten sind, dann trägt die Schuld daran vor allem ihre Unwissenheit und ihr noch beschränkter geistiger Horizont. Ein nur geringer Teil wird aus Egoismus oder gar Bosheit der Gewerkschaft fernbleiben oder ihr untreu werden. Wir meinen, wenn es möglich ist, den geistigen Horizont des Arbeiters auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete zu erweitern, und ihm auf diese Weise die zwingende Notwendigkeit der Organisation und des Klassenkampfes ins Hirn zu pflanzen, daß dann auch am ersten und sichersten erreicht wird, den Betroffenen dauernd für die Bewegung zu gewinnen. Alle äußeren Anlässe zur Beteiligung an der Organisation, wie Lohnbewegungen und Unterstützungseinrichtungen, wirken nie so durchschlagend zur Bekämpfung der Fluktuation wie die auf einen bestimmten Grad von Wissen aufgebaute Ueberzeugungstreue. Und diese kann vor allem nur erreicht werden durch nachhaltige Agitation! Unausgesetzte zähe Aufklärungsstätigkeit ist nötig und zwar nicht nur von den hierzu besonders Berufenen, sondern von jedem einzelnen!

Die Agitation von Mund zu Mund ist hierbei immer noch das bestwirkende Mittel. Und wenn dann noch die geeignete Sekundäre hinzukommt, und die ist ja immer vorhanden und sie braucht nur verbreitet und gelesen zu werden, dann kann uns um die weitere Zurückdrängung der Fluktuation in den Gewerkschaften nicht bange sein. Agitiert in verstärktem Maße, weckt die Geister, führt sie zum Wissen und damit zur Erkenntnis und zur Ueberzeugungstreue, dann werden auch die Gewerkschaften noch mehr als bisher wachsen und an Stabilität gewinnen!

Jeder erfülle also seine Pflicht im strengen Auftritte und Wachhalten der Geister und der so bitter notwendigen Aufklärung. Erfüllt die Köpfe der Arbeiter mit Klassenbewußtsein. Wissen bedeutet Macht auch bei der Bekämpfung der Fluktuation und wird diese mit der Zeit auf ein solches Minimum beschränkt, daß jeder an dem daraus erwachsenen schnelleren Tempo im Aufstieg der Gewerkschaften seine helle Freude haben wird!

Die Arbeitersekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1910.

Die Trutzwehren des Rechts, die Rechtshilfseinrichtungen der organisierten Arbeiterklasse Deutschlands sind auch im Jahre 1910 allen an sie gehegten Erwartungen gerecht geworden. Begründet und unterhalten von den mit dem Laufe der Jahre zu einer festen Einheit zusammengeschlossenen Organisationen der Arbeiter, unterstützt und getragen von dem Vertrauen weiterer Volkskreise, von den Arbeitern an bis weit in die Kreise des Kleinbürgertums hinein haben die Rechtshilfseinrichtungen der organisierten Arbeiterklasse, insbesondere aber die Arbeitersekretariate, einen Entwicklungsgang genommen, dem sich an Gleichmäßigkeit und Festigkeit nichts auf diesem Gebiete an die Seite stellen läßt.

Wohl sind hier und dort Einrichtungen, die gegründet waren, wieder eingegangen. Entweder waren es solche, die gegründet werden konnten, weil am Ort vorhandene Einrichtungen eine Rechtshilfseinrichtung im Nebenamt ermöglichten, oder solche, die gegründet worden waren, ohne die eigene Kraft vorher genügend geprüft zu haben. Die große Zahl aber der seit langem bestehenden Sekretariate und deren Tätigkeit zeigt uns das Bild im einzelnen, das wir in der Arbeiterbewegung im ganzen wiederfinden.

Der vorjährige Bericht berichtete über 112 Sekretariate; von diesen waren das 1908 eingerichtete Rechtsauskunftsbureau des Bergarbeiterverbandes Borna noch vor Schluß des Jahres 1909 eingegangen, ebenso hatte das 1905 gegründete Sekretariat Bunfelde am 1. Oktober 1909 seine Tätigkeit eingestellt, so daß das Jahr 1909 mit 110 Sekretariaten abschloß.

Neu errichtet wurden im Jahre 1910 die Sekretariate Halberstadt, Helbra, Flensburg, Iphoe und Lünen a. d. L., Helbra und Lünen a. d. L. sind Einrichtungen des Bergarbeiterverbandes. Diese gewähren jedoch auch den Mitgliedern anderer Verbände, nicht nur den Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes, Auskunft. Von den im Jahre 1909 neu gegründeten Sekretariaten hat sich das Sekretariat Neuf nicht als existenzfähig erwiesen, es ging 1910 wieder ein, hat auch nicht berichtet. Das Bureau in Siegen kann infolge umfangreicher agitatorischer Tätigkeit des dortigen Auskunftserteilers nicht mehr in dem früheren Umfange für die Rechtsauskunft tätig sein. Siegen scheidet daher aus der Reihe der Sekretariate aus und ist nur noch in dem Umfange einer Auskunftsstelle tätig. Aufzeichnungen über die Frequenz sind im letzten Jahre aus Zeitmangel nicht

erfolgt. Nicht berichtet hat auch das Rechtsauskunftsbureau des Bergarbeiterverbandes in Zwidau.

Von den berichtenden 112 Sekretariaten geben 79 allen Personen, die sich an das Sekretariat wenden, unentgeltliche Auskunft, 66 von diesen Sekretariaten gewähren ferner unentgeltliche Rechtshilfe allen Personen ohne Ausnahme, ob organisiert oder nicht organisiert, ob Arbeiter oder Unternehmer oder sonst welcher sozialen Stellung angehörig. 14 Sekretariate erteilen Auskunft und gewähren Rechtshilfe nur den gewerkschaftlich organisierten oder nicht organisierten Personen, 8 weitere Sekretariate erteilen neben solchen auch den nur politisch organisierten Personen Auskunft und gewähren diesen Rechtshilfe. 11 Sekretariate beschränken die Auskunftserteilung und Rechtshilfsgewährung an gewerkschaftlich oder politisch organisierte und deren nicht organisierte Angehörige. In einigen Sekretariaten wird von den angeführten Regeln in Ausnahmefällen abgewichen. Allen Organisierten ohne Unterschied erteilen 96 Sekretariate Auskunft und gewähren diesen Rechtshilfe, 3 von diese Sekretariaten verstehen hierunter nur die Mitglieder der freien Verbände. 15 Sekretariate erteilen Auskunft und gewähren Rechtshilfe nur den Mitgliedern der dem Sekretariat angeschlossenen Organisationen.

Die Zahl der Sekretariate, welche persönliche Vertretungen übernehmen haben, ist wiederum gestiegen; sie betrug jetzt 94 gegen 85 im Jahre 1909. 7 Sekretariate können diese äußerst wichtige Tätigkeit eines Arbeitersekretariats nur in Ausnahmefällen übernehmen. Das Rechtsauskunftsbureau des Bergarbeiterverbandes in Aachen berichtet, daß es nicht zugelassen wird.

Die Vermittlung von Beschwerden an die Gewerbeaufsicht gehörte im Berichtsjahre zu den Obliegenheiten von 102 Sekretariaten. Statistik wird von 75 Sekretariaten betrieben. Gewerkschaftliche Tätigkeit, also Agitation für die Gewerkschaften, Einberufung von Versammlungen, Leitung und Verwaltung kleiner Zahlstellen, Leitung des Kartells am Ort und ähnliche gewerkschaftliche Arbeiten haben 79 Sekretariate zu erledigen.

Ueber die Art der Aufbringung der Mittel kann das im Vorjahre Gesagte wiederholt werden. Die Zahl derjenigen Orte, an welchen das Sekretariat durch besondere Beiträge der Mitglieder unterhalten wird, wird immer geringer. Die Organisationen sind nach und nach immer mehr die Träger der Sekretariate geworden. Zahlten noch 1908 an 35, 1909 an 31 Orten die Mitglieder besondere Beiträge für das Sekretariat, so war das 1910 nur noch an 25 Orten der Fall. Ausschließlich oder doch hauptsächlich aus Mitteln der Kartellkasse oder durch Beiträge der beteiligten Organisationen wurden 72 Sekretariate unterhalten. 12 Sekretariate unterhielt der Bergarbeiterverband. Zu einem der letzteren, Waldenburg i. Schl., steuerte das dortige Kartell ein Drittel der Kosten. Zwei Sekretariate werden vollständig von der Generalkommission unterhalten, zu zwei weiteren Sekretariaten zahlt die Generalkommission einen Zuschuß. Das Sekretariat Koburg wird aus Staats- und Gemeindegeldern unterhalten. Einen Zuschuß aus Staats- und Gemeindegeldern erhält das Sekretariat in Bant. Bestimmte Zuschüsse erhielten von den Parteioptionen 41, aus sonstigen Arbeiterunternehmungen 6 Sekretariate.

Die Frequenz der Arbeitersekretariate weist wie in allen, so auch in diesem Jahre eine erhebliche Steigerung auf. Die Gesamtzahl der Auskunftsuchenden stieg von 543 304 auf 579 085. Die Steigerung beträgt 35 771 = 6,58 Prozent. 545 451 oder 94,19 Proz. von den Auskunftsuchenden waren Arbeiter oder Angehörige von solchen. 28631 Personen waren sonstige Personen, also Unternehmer, selbständige Gewerbetreibende, selbständige Handwerker oder sonst unter dem Gesamtbegriff „Sonstige Personen“ zusammengefaßte Auskunftsuchende. In 2221 Fällen wandten sich Behörden, Vereine und sonstige Korporationen an die Sekretariate. Am Sitze der Sekretariate wohnten von allen 420 528 Personen, 149 887 kamen aus anderen Orten. Gewerkschaftlich organisiert waren von allen Auskunftsuchenden Personen 409 070. Das sind 70,9 Prozent der Gesamtzahl.

Die Zahl der erteilten Auskünfte hat im Jahre 1910 das letzte Hunderttausend überschritten; sie betrug 610 897, stieg also um 41 651 = 7,32 Proz. Von den Auskünften wurden 540 474 mündlich, 35 379 mündlich schriftlich erteilt werden. 141 083 Schriftsätze wurden angefertigt.

In den 10 Jahren, in welchen nimmere statistische Aufzeichnungen der Arbeitersekretariate veröffentlicht werden, wandten sich in 3 469 892 Fällen Auskunftsuchende an die Arbeitersekretariate, 3 626 951 Auskünfte bezug. Rechtshilfen wurden in diesem Zeitraum geleistet. Diese Zahlen sollten sich jene merken, die noch heute von einer unproduktiven Arbeiterbewegung reden. Ganz abgesehen von den ideellen Erfolgen reden diese Zahlen von gewaltigen Summen, von ungeheuren materiellen Erfolgen, welche der Arbeiterklasse und jenen Kreisen, welche sich wirtschaftlich der Arbeiterschaft angliedern, zugeführt werden konnten. Von Einrichtungen, welche das ureigenste Werk der organisierten Arbeiterklasse selbst sind.

Die persönlichen Vertretungen, welche in den Einzelfällen einen erheblich größeren Teil von Zeitaufwand er-

fordern als die Auskunftserteilung, weisen wiederum gegen das Vorjahr eine Steigerung auf, und zwar um 632 oder 13,24 Prozent, sie erreichten die Zahl von 5380. Termine wurden von 92 Sekretariaten 6759 wahrgenommen, 570 mehr als im Vorjahr.

Ueber Einnahmen und Ausgaben haben 100 Sekretariate berichtet. Die Gesamteinnahme betrug 523 176 Mk., 38 800 Mk. mehr als im Vorjahre. Die Gesamtausgabe stieg weniger stark, nur um 10 111 Mk., und zwar von 152 037 auf 462 148 Mk. Aus den Kassen der Gewerkschaftskartelle gingen den Sekretariaten zu 172 881 Mk., aus Beiträgen der beteiligten Organisationen 184 546 Mk. An laufenden Beiträgen der Mitglieder gingen ein 107 086 Mk. Die weiteren Einnahmen waren zum erheblichen Teil Zuwendungen, und zwar zahlte die Generalkommission im Jahre 1910 an einmaligen und laufenden Zuschüssen an die Sekretariate 14 512 Mk. Von den Parteioptionen erhielten die Sekretariate 13 354 Mk., von sonstigen Arbeiterunternehmungen wurden ihnen 1672 Mk. in Berichtsjahre zugeführt. 3500 Mk. erhielten die Sekretariate Bant und Koburg aus Staats- und Gemeindegeldern.

Die Zahl der Auskunftsstellen ist im Jahre 1910 wiederum und zwar um 31 gestiegen, sie betrug am Jahreschluß 203. Die von den Auskunftsstellen erteilten Auskünfte stiegen um 6120 = 15,2 Proz., von 40 226 auf 46 346. 173 Auskunftsstellen erteilten unentgeltlich Auskunft an alle Auskunftsuchenden, 30 nur an Gewerkschaftsmitglieder. An drei von letzteren Orten wurde auch Parteimitgliedern unentgeltlich Auskunft erteilt, in einem weiteren Orte neben diesen auch den Nichtorganisationsfähigen. Neben der mündlichen erteilten 174 Auskunftsstellen auch schriftliche Auskünfte. Zum erstenmal in diesem Jahre wurde eine Befragung nach angefertigten Schriftsätzen und persönlichen Vertretungen vorgenommen. Diese Befragung ergab eine überraschende Fülle von geleisteter Tätigkeit auf diesen Gebieten. Nicht weniger als 14 225 Schriftsätze waren von 140 Auskunftsstellen angefertigt worden, 831 persönliche Vertretungen waren an 89 Auskunftsstellen wahrgenommen worden.

Die Auskunftserteilung und Rechtshilfsgewährung der Sekretariate und Auskunftsstellen zusammen hat sich in den letzten sechs Jahren mehr als verdoppelt. Die Zahl der erteilten Auskünfte und gewährten Rechtshilfen betrug seit dem Jahre 1905, seit welchem für beide Einrichtungen Zahlen vorliegen: 1905: 315 946, 1906: 404 428, 1907: 464 485, 1908: 551 657, 1909: 609 472, 1910: 657 243. Die Zunahme betrug im letzten Jahre 47 771. Die Zahl der Orte, an welchen Einrichtungen der organisierten Arbeiterklasse für die Rechtshilfsgewährung bestanden, stieg von 284 im Jahre 1909 auf 315. Schriftsätze wurden von den Sekretariaten und Auskunftsstellen zusammen 155 308 angefertigt; 6661 persönliche Vertretungen wurden wahrgenommen.

Diese Zahlen tragen die Gewähr in sich, daß nichts mehr in der Lage sein wird, den weiteren Entwicklungsgang der freien Rechtshilfseinrichtungen zu behindern, sie in ihrer allgemeinnützigen Wirksamkeit zu beeinträchtigen.

Von den gegnerischen Einrichtungen liegen für das Jahr 1910 bis jetzt nur solche der Rechtshilfseinrichtungen der Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine vor. Es bestanden 58 Einrichtungen, darunter sind auch solche gezählt, die von einzelnen Verbänden errichtet sind und nur an die eigenen Mitglieder Auskunft erteilen. Berichtet haben 47 über 41 026 Auskünfte und Rechtshilfen, 9106 angefertigte Schriftsätze und 1190 wahrgenommene persönliche Vertretungen. Nach einer im Berichtsjahre vom Kaiserlichen Statistischen Amt vorgenommenen Aufnahme bestanden 1909 außer den genannten 101 gemeindliche und staatliche Rechtsauskunftsstellen, 28 Einrichtungen gemeinnütziger Vereinigungen zur Erteilung von Rechtsauskunft, 79 Rechtsauskunft- und Schutzstellen für Frauen, 11 Auskunftsstellen sonstiger Arbeitervereinigungen. Unter letztere sind die Auskunftsstellen des christlichen Bergarbeiterverbandes, des gelben Arbeitsbundes Berlin mit 249 erteilten Auskünften, des Bundes vaterländischer Arbeitervereine Ostau D.-L. und der polnischen Berufsvereinigung gezählt. Rechtsauskunftsstellen, von Unternehmern errichtet und unterhalten, haben 5 berichtet, evangelische Volksbureaus 14, katholische Arbeitersekretariate und Volksbureaus 117. Es berichteten an das Statistische Amt dann noch 11 Einrichtungen von politischen Vereinigungen, darunter 5 vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie errichtet und unterhalten. Die allgemeine „Berichtsbildung“ die letztere Körperschaft im öffentlichen Leben genießt, dürfte einen Kommentar zu diesen Einrichtungen überflüssig machen.

Neben hohen materiellen Unterstützungen durch Zuschüsse von Staat, Gemeinde, Landesversicherungsanstalt, von Handwerks- und anderen Kammern, Kaufmannschaften und Bergwerksgesellschaften und freier Ueberlassung von Räumen, wurden eine Anzahl Rechtsauskunftsstellen durch Beschaffung geeigneter Personen für die Raterteilung, wie Gerichtsassessoren und Referendare, die, ohne Entschädigung zu erhalten, dort arbeiten, auf das weitgehendste unterstützt.

Eine Fürsorge, über die allzu sehr sich zu beklagen die Rechtshilfseinrichtungen der Verbände bisher keine Ursache hatten.

und wegen seiner Bereitwilligkeit, das Henkeramt an politischen Verbrechern zu vollziehen, begnadigt. Für Balmaschew hatte man lange einen Henker gesucht, bis man endlich auf Philippew verfiel, der damals in irgendeinem Gefängnis im Kaukasus saß. Er wurde unter Bedeckung nach Schlüsselburg gebracht.

Während der Vorbereitungen zu seiner Amtshandlung trinkt er fortwährend Schnaps in großen Gläsern. Das Bild eines vollkommen vertierten Menschen. Und dieses Individuum fühlt sich noch unglücklich durch sein Amt angewidert, obgleich er für jedes Todesurteil 100 Rubel erhält. Er steigt leicht rasch in seiner Karriere. Zu Kaliaews Hinrichtung kam er schon unter der Obhut von nur einem Gendarmen. Einige Monate später, als Herschlowitsch hingerichtet wurde, kam er bereits ganz ohne Bedeckung. Er hatte sich des Vertrauens der Regierung würdig gezeigt.

Noch ein kleines, fast ungläubliches Detail: nach Kaliaews Hinrichtung fing Philippew an, in einer Offiziersuniform umherzustolzieren mit dem Georgskreuz an einer Kette um den Hals. In diesem Aufzuge erschien er im September zu Herschlowitschs Hinrichtung was die Gendarmen in ungeheure Verwirrung brachte. Es war eine unschuldige Schwäche „des Alten“, und die freundlichen Vorgesetzten sahen dazu durch die Finger. Philippew hatte gebeten, ihm diesen „einzigsten Trost“ zu gestatten, und man beschloß „oben“, die Bitte des nützlichen Menschen zu erfüllen. Ein Offizier mit dem Georgskreuz hält seinen Einzug in die Festung, ein kleines Bündel in der Hand. In dem Bündel hat er seine wirkliche Uniform: den roten Anzug, die Schnur, die Karbatsche.

J. P. Kaliaew wurde nicht in die Kanzlei gebracht, sondern in der Manege im Empfangszimmer untergebracht. Dort verbrachte er einen ganzen Tag. Er ging lange auf und ab, dann setzte er sich und fing an zu schreiben. Er schrieb einen ganzen Bogen voll, begoh ihn aber nach einiger Ueberlegung mit Tinte und zerriß ihn. Dann legte er sich auf die Pritsche. Ihn freiließte. Er bat um etwas Warmes zum Zudecken und schloß hinstu, zu den Gendarmen gewandt: „Glauben Sie nicht, ich zittere, weil ich den Tod erwarte. Mir ist einfach kalt.“

Zugüber ging ein paar mal ein Beamter mit verschiedenen Papieren zu ihm hinein, offenbar schlug man ihm vor, ein Begnadigungsgesuch zu unterschreiben. Die Nacht verbrachte er gleichfalls in der Manege. Am Morgen erschienen die Nachhaher: der Staatsanwalt, der Henker in rot, die Gendarmen usw. Kaliaew war angezogen und schlief nicht. Der Staatsanwalt erklärte, das Urteil werde bald vollzogen

werden. Der Henker band die Hände des Delinquenten, und die Prozession bewegte sich an den Ort der Hinrichtung — eine entfernte Ecke der Festung zwischen Manege und Badehaus. Kaliaew schritt mit stolz zurückgeworfenem Haupt, ruhig und fest betrat er das Schafott. Er weigerte sich, das Kreuz zu küssen, küßte aber den Geistlichen: „Ich sehe einfach einen guten Menschen in Ihnen.“

Der Henker erwiderte sich auch diesmal als russischer Henker. Die Schlinge war schlecht und der Körper wand sich lange in Zuckungen. Die Szene war so erschütternd, daß der Gendarmenstabsoffizier, Baron Nedem, der der Hinrichtung beimohnte, auf den Henker losfuhr: „Ich lasse Dich erschließen, Kanaille, wenn Du den Qualen des Verurteilten nicht gleich ein Ende machst.“

Eine halbe Stunde darauf wurde der Körper aus der Schlinge gelöst, in einen schwarzen Kasten gelegt und hinter der Festungsmauer beim Johannesturm begraben. Im Winter liegt das Holz dort, im Sommer dient der Platz als Viehweide. Dort wurden alle begraben, die in Schlüsselburg starben oder hingerichtet wurden, mit Ausnahme von Stephan Balmaschew. Grabhügel sind nicht da, der Boden ist ganz flach.

Die beiden letzten Hinrichtungen waren im September 1905. Lange Zeit wußten wir nichts. Es waren die Hinrichtungen von Wassiliew und Herschlowitsch. Man darf nicht vergessen, daß Wassiliew kein „politischer Verbrecher“ war. In angetrunkenem Zustande erschloß er aus persönlichen Gründen einen Polizisten. Aber es geschah unter Trepows Diktatur, als die Regierung um jeden Preis Hinrichtungen als Schreckmittel brauchte. Die stumpfe Wut der Regierungsbehörden stürzte sich auf diesen unschuldigen, der Politik gänzlich fremden Arbeiter. Kein Wunder, daß Wassiliew die ganze Zeit über die Beamten anstiefte, sich seiner zu erbarmen, „ihn nicht ins Verderben zu schicken“, den Zaren um Gnade zu bitten.

Die Gnade des Zaren ward ihm nicht, und er wurde hingerichtet.

Man brachte sie einzeln in die Festung und hielt sie getrennt dort. Man hatte Herschlowitsch nicht gesagt, daß man ihn zur Hinrichtung nach Schlüsselburg bringe, und er hatte das Urteil nicht für diese Nacht erwartet. Er wunderte sich ein wenig, als er um 4 Uhr nachts den Staatsanwalt und den rotgekleideten Henker neben seiner Pritsche erblickte. Aber er begriff sofort, um was es sich handle und besprach stolz und mutig das Schafott. Er stand ruhig im Totenhemd da und hörte ebenso ruhig den Staatsanwalt das Urteil verlesen. Als der Staatsanwalt

endlich schloß, warf Herschlowitsch einen verächtlichen Blick auf die Umherstehenden und sagte, wie von einer Tribüne herunter sprechend: „Ihr habt Euch verammelt, um zu sehen, wie ich sterbe? Nun schaut . . . ich bin ruhig, ich sterbe für die Freiheit . . .“

„Henker, Schluß machen,“ sagte der Kommandant.

Bewirrung trat ein. Auf eine Ansprache des Delinquenten war niemand gefaßt, aber das Ritual ließ eine solche Abweichung von allem Brauch nicht zu. Der Henker warf dem Verurteilten die Kapuze über, dann die Schlinge, und zog das Brett unter ihm fort. Etwas wie ein Schrei oder ein Aufstöhnen erklang und der Körper im Totenhemd bewegte sich. Er suchte lange. War der junge Organismus von besonderer Lebenskraft oder war die Schlinge wieder schlecht gemacht, als Herschlowitsch nach 30 Minuten losgeschüttelt wurde, hatte der Körper noch Leben. Der Festungsarzt, der sich dem Reichnam näherte und das Herz untersuchte, machte allerdings ein Zeichen, daß alles in „Ordnung sei“. Man kann den Körper begraben! Als sich aber die Beamten vom Orte der Hinrichtung entfernten, hörten die Gendarmen den Art zum Kommandanten sagen: „Eigentlich schlug das Herz noch leicht.“

Dieses „eigentlich“ ist unvergleichlich in seiner ethischen Naivität.

Sonderbar, keine Hinrichtung hatte auf die Gendarmen einen so erschütternden Eindruck gemacht, als die von Herschlowitsch. Es war etwas Eigenartiges in diesem Jüngling, den sie nicht anders als den „Selben“ nannten. Besonders hatten die Worte, die er auf dem Schafott gesprochen hatte, Eindruck auf sie gemacht. Alle gaben diese Worte mit der gleichen wunderbaren Genauigkeit wieder; sie hatten sich offenbar stark in diese einfachen Seelen eingepreßt. . . .

Die Nacht verging Stunde um Stunde, der Zug wollte immer weiter, und mit verbaltener Erregung sahen wir da und lauerten gierig auf die traurige Erzählung der Schlüsselburger Chronik.

Noch ein anderes interessantes Detail erfahren wir. Gleich nach unserm Prozeß, offenbar nach Malatrows resultatlosen Versuch bei mir, kam ein Telegramm nach Schlüsselburg mit der Weisung, einen Galgen aufzurichten. Die Sache nahm dann eine andre Wendung. Die Hinrichtung wurde nicht vollzogen, aber der gegebene Befehl war vergessen worden. Der Galgen blieb länger als ein halbes Jahr stehen und wurde erst niedergedrückt, als ich schon in Schlüsselburg war. . . .